

Sächsisches Amtsblatt

Nr. 41/2021

14. Oktober 2021

Inhaltsverzeichnis

Sächsische Staatskanzlei

Gemeinsame Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Beseitigung der Starkregen- und Hochwasserschäden 2021 (RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021) vom 28. September 2021 1275

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der SMK-ESF-Richtlinie 2014–2020 vom 28. September 2021 1285

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Unterstützung von Existenzgründungen und Hofnachfolgen in der Landwirtschaft (Förderrichtlinie Existenzgründungs- und Hofnachfolgeprogramm – FRL EHP) vom 27. September 2021 1287

Bekanntmachung des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zum Abschluss des Verwaltungsabkommens zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen über die Bestimmung der zuständigen Behörde zur Durchführung der wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren für den Betrieb und die Sicherheit der Talsperre Schömbach vom 7. September 2021 vom 28. September 2021 1291

Verwaltungsabkommen über die Bestimmung der zuständigen Behörde zur Durchführung der wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren für den Betrieb und die Sicherheit der Talsperre Schömbach 1292

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken Az.: 26-5151/6/20 vom 1. Oktober 2021 1293

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes Az.: 26-5151/6/20 vom 1. Oktober 2021 ... 1295

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Allgemeinverfügung zur Änderung der Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken vom 6. September 2021 Az.: 26-5151/6/20 vom 1. Oktober 2021 1297

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) – Änderung der Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020 zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagd ausübungsberechtigten mit zusätzlichen Anordnungen für die in den Anlagen 1 und 2 genannten Gebiete vom 22. September 20211299

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung über das Ergebnis der Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht für das Vorhaben „Naturnahe Umgestaltung der Großen Lößnitz zwischen Eppendorf und Großwaltersdorf“ Gz.: C42-8615/154/2 vom 27. September 20211301

Andere Behörden und Körperschaften

Ausschreibung des Kuratoriums „Tag der Sachsen“ vom 1. Oktober 20211303

Bekanntmachung des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das Vorhaben „S 283 Erweiterung Regenrückhaltebecken 1 Poststraße in Reinsdorf“ (Gz.: 4.21-4022/1180/4-2021) vom 29. September 20211304

Sächsische Staatskanzlei

Gemeinsame Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei, des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen, des Sächsischen Staatsministeriums der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus, des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, des Sächsischen Staatsministeriums für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft und des Sächsischen Staatsministeriums für Regionalentwicklung über die Gewährung von Billigkeitsleistungen zur Beseitigung der Starkregen- und Hochwasserschäden 2021 (RL Starkregen- und Hochwasserschäden-Billigkeitsleistungen 2021)

Vom 28. September 2021

A.

Zweck der Billigkeitsleistung, Rechtsgrundlagen

1. Der Freistaat Sachsen gewährt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf der Grundlage von § 53 der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und den Verwaltungsvorschriften des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDr. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden sind, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 352), in der jeweils geltenden Fassung, sowie nach dem Aufbauhilfefonds-Errichtungsgesetz 2021 vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) sowie der dazu ergangenen Verordnung über die Verteilung und Verwendung der Mittel des Fonds „Aufbauhilfe 2021“ (Aufbauhilfefondsverordnung 2021) vom 15. September 2021 (BGBl. I S. 4214) und der Verwaltungsvereinbarung zur Aufbauhilfe 2021 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ländern/Freistaaten Bayern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen vom 10. September 2021 auf Antrag Billigkeitsleistungen nach Maßgabe dieser Richtlinie.
Zweck ist die Förderung der Beseitigung von Schäden, die durch das Starkregen- und Hochwasserereignis im Juli 2021 (im folgenden Schadensereignis) verursacht wurden sowie der nachhaltige Wiederaufbau von baulichen Anlagen, Gebäuden, Gegenständen und öffentlicher Infrastruktur, die unmittelbar durch das Schadensereignis, verursacht worden sind. Dies schließt auch Schäden durch wild abfließendes Wasser, Sturzflut, aufsteigendes Grundwasser, überlaufende Regenwasser- und Mischkanalisation sowie Hangrutsch ein, soweit sie jeweils unmittelbar durch das Schadensereignis verursacht worden sind. Dies gilt nicht für unmittelbar durch menschliches Versagen verursachte Schäden.
2. Die Richtlinie gilt für
 - Billigkeitsleistungen, bei denen es sich nicht um staatliche Beihilfen handelt und
 - De-minimis-Beihilfen. Soweit es sich bei den Billigkeitsleistungen um staatliche Beihilfen im Sinne des Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. C 202 vom 7.6.2016, S. 1) handelt, werden diese nach Maßgabe und unter Einhaltung der Voraussetzungen der folgenden beihilferechtlichen Bestimmungen in der jeweils geltenden Fassung gewährt:
 - Verordnung (EU) Nr. 1407/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) Nr. 2020/972 der Kommission vom 2. Juli 2020 (ABl. L 215 vom 7.7.2020, S. 3) geändert worden ist,

- Verordnung (EU) Nr. 1408/2013 der Kommission vom 18. Dezember 2013 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Agrarsektor (ABl. L 352 vom 24.12.2013, S. 9), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2019/316 der Kommission vom 21. Februar 2019 (ABl. L 51 I vom 22.2.2019, S. 1) geändert worden ist,
 - Verordnung (EU) Nr. 717/2014 der Kommission vom 27. Juni 2014 über die Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union auf De-minimis-Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor (ABl. L 190 vom 28.6.2014, S. 45), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 der Kommission vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist.
3. Die Leistungen werden als Billigkeitsleistungen gewährt. Es besteht kein Rechtsanspruch.
 4. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

B.

Aufbauhilfen für Unternehmen

I.

Gegenstand der Förderung

Gefördert werden im Sinne eines nachhaltigen Wiederaufbaus Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Schäden, bei denen durch direkte Einwirkung des Schadensereignisses bauliche Anlagen gemäß § 2 Absatz 1 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186), die zuletzt durch Artikel 6 der Verordnung vom 12. April 2021 (SächsGVBl. S. 517) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, und Gegenstände sowie land-, forst- und fischereiwirtschaftlich genutzte Flächen beschädigt oder zerstört wurden oder verloren gingen. Diese Schäden können Sachschäden an Vermögenswerten wie Betriebsgelände, Gebäuden, Ausrüstungen, Maschinen oder Lagerbeständen sowie Einkommenseinbußen aufgrund einer vollständigen oder teilweisen Unterbrechung der Geschäftstätigkeit während eines Zeitraumes von höchstens sechs Monaten nach dem Schadensereignis umfassen.

II.

Empfänger von Billigkeitsleistungen

1. Empfänger der Billigkeitsleistungen sind
 - a) Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe, einschließlich der Unternehmen der Verarbeitung und Vermarktung landwirtschaftlicher Erzeugnisse,
 - b) Unternehmen der Ent- und Versorgungswirtschaft,
 - c) Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, einschließlich der Imkerei und Wanderschäfferei sowie Sonderkulturbetriebe,
 - d) Unternehmen der Binnenfischerei und Aquakultur,
 - e) Unternehmen der Wohnungswirtschaft, einschließlich solcher mit kommunaler Beteiligung,
 - f) kommunale Gebietskörperschaften, soweit sie ihren Wohnungsbestand selbst verwalten,

- g) Genossenschaften, gemeinnützige private Unternehmen und Stiftungen des Privatrechts,
- h) im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei und Aquakultur natürliche und juristische Personen, Personengesellschaften, Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts,

sofern sie Eigentümer des geschädigten Objektes oder durch Rechtsvorschriften oder Vertrag zur Beseitigung des Schadens verpflichtet sind; im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei und Aquakultur sofern sie Eigentümer, Besitzer oder sonstige dingliche Nutzungsberechtigte oder Pächter land- oder forstwirtschaftlicher Flächen einschließlich Teichflächen sind.

2. Unternehmer der gewerblichen Wirtschaft und Angehörige der freien Berufe werden als Selbständige nur gefördert, wenn sie ihre Tätigkeit vor dem Hochwasser im Haupterwerb betrieben haben. Ausnahmsweise werden Betreiber von Anlagen zur Nutzung Erneuerbarer Energien gemäß Erneuerbare-Energien-Gesetz vom 21. Juli 2014 (BGBl. I S. 1066), das zuletzt durch Artikel 11 des Gesetzes vom 16. Juli 2021 (BGBl. I S. 3026) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung auch gefördert, wenn die Anlage nicht im Haupterwerb betrieben wird.

III.

Voraussetzungen von Billigkeitsleistungen

1. Die Gewährung von Billigkeitsleistungen setzt voraus, dass der Betroffene unverschuldet in eine Notlage geraten ist.
2. Eine unverschuldete Notlage liegt insbesondere nicht vor bei Schäden an Gebäuden, die ohne Genehmigung errichtet wurden, sowie im Falle eines Hochwasserereignisses in der Regel bei Gebäuden, die nach dem 20. Oktober 2004 in mit Rechtsverordnung oder gemäß gesetzlicher Festsetzung nach dem Sächsischen Wassergesetz vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 8. Juli 2016 (SächsGVBl. S. 287) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, festgesetzten Überschwemmungsgebieten errichtet wurden, es sei denn, es handelte sich dabei um einen städtebaulich erwünschten Lückenschluss innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete. Dies ist von der Gemeinde zu bestätigen.
3. Eine unverschuldete Notlage liegt auch nicht vor, wenn der Betroffene erforderliche Vorsorgemaßnahmen unterlassen hat oder wenn er bei Eintritt des Schadensereignisses Maßnahmen der Selbsthilfe nicht ergriffen hat, die nach den Umständen Erfolg versprechend gewesen wären. Zu den erforderlichen Vorsorgemaßnahmen zählt insbesondere der Abschluss einer Versicherung, es sei denn, eine Versicherung war nicht zu wirtschaftlich zumutbaren Bedingungen zu erhalten. Nicht zumutbar ist der Abschluss einer Versicherung in der Regel dann, wenn die jährliche Belastung aus der Elementarschadensversicherung auf der Basis des letzten festgestellten Jahresabschlusses 5 Prozent des steuerpflichtigen Jahresgewinns übersteigt. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass er sich vor Eintritt des Schadensereignisses erfolglos um den Abschluss einer Elementarschadensversicherung bemüht hat, indem er von drei Versicherungen eine schriftliche Ablehnung oder ein Angebot vorlegt, das die Zumutbarkeitsgrenze nach Satz 3 übersteigt.

4. Schäden werden in der Regel nur ab einem Betrag von 5 000 Euro berücksichtigt. Der Nachweis des entstandenen Schadens und der für dessen Beseitigung notwendigen Ausgaben für einen nachhaltigen Wiederaufbau sowie die Bestätigung der Durchführung der Maßnahmen erfolgen durch ein von einem unabhängigen Sachverständigen, wie beispielsweise Ingenieur oder Architekten oder von einer anderen fachkundigen Stelle, zu erstellendes Gutachten. Hierfür ist das von der Bewilligungsstelle bereitgestellte Gutachtenmuster zu verwenden. Soweit im Bereich der Land- und Forstwirtschaft sowie der Binnenfischerei und Aquakultur keine Wiederaufbaumaßnahmen beantragt werden, kann das Gutachten auf den Nachweis des entstandenen Schadens beschränkt werden.
 5. Die Förderung setzt die Bestätigung der zuständigen Gemeindeverwaltung voraus, dass das zur Förderung beantragte Objekt in einem von dem Schadensereignis im Juli 2021 betroffenen Gebiet liegt und eine Plausibilitätsprüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben hat, dass die im Antrag gemachten Angaben zur Schadenskausalität unzutreffend sind. Bei mehreren zu fördernden Objekten ist jeweils eine Gemeindebestätigung vorzulegen.
 6. Der Antrag muss bei der Bewilligungsstelle bis zum 30. Juni 2023 eingegangen sein. Dem Antrag soll eine abschließende Stellungnahme des zuständigen Landkreises zur Notwendigkeit der für das Vorhaben erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen beigefügt werden. Die erforderlichen Genehmigungen, insbesondere
 - a) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben nach § 59 der Sächsischen Bauordnung,
 - b) bei Vorhaben in einem förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), das zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eine entsprechende Genehmigung,
 - c) bei Kulturdenkmälern nach dem Sächsischen Denkmalschutzgesetz vom 3. März 1993 (SächsGVBl. S. 229), das zuletzt durch Artikel 15 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung,
 - d) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben die wasserrechtliche Genehmigung nach dem Sächsischen Wassergesetz,
 sind gegebenenfalls nachzureichen.
 7. Der betroffene Betrieb oder Betriebsteil wird nach der Bewilligung im Freistaat Sachsen wieder aufgenommen und fortgeführt.
2. Bemessungsgrundlage
 - a) Förderfähig sind Ausgaben zur Beseitigung von unmittelbaren Schäden
 - aa) an Anlagevermögen und an land-, forst- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen und Infrastruktur, vor allem an Grundstücken, baulichen Anlagen, Gebäuden, maschinellen Anlagen und sonstigen betriebsnotwendigen Einrichtungsgegenständen,
 - bb) an Vorräten des Umlaufvermögens, zum Beispiel Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe, unfertige Leistungen,
 - cc) an Kulturen, Tieren sowie an Wald- und Fischbeständen,
 soweit sie zur Fortführung des Betriebes, einer sonstigen auf Einnahmeerzielung gerichteten Tätigkeit von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung sind oder soweit sie erforderlich sind, um Gebäude oder Räume wieder nutzbar zu machen.
 - b) Ausgangspunkt für die Berechnung der Schadenshöhe und der Förderung sind die Wiederherstellungs- oder Ersatzbeschaffungskosten. Davon sind bei Neuanschaffungen für beschädigte gebrauchte bewegliche Gegenstände im Rahmen eines Abzuges „neu für alt“ in der Regel 30 Prozent abzuziehen. Weist der Antragsteller nach, dass im Einzelfall ein geringerer Abzug gerechtfertigt ist, kann der Abzug geringer ausfallen. Im Falle einer Reparatur oder der Beschaffung eines gebrauchten beweglichen Gegenstandes wird die Förderung auf die Höhe des Zuschusses für eine Neubeschaffung begrenzt.
 - c) Die Regelungen zum Abzug „neu für alt“ finden keine Anwendung, sofern es sich um Schäden an Objekten handelt, für die bereits früher eine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ gewährt wurde.
 - d) Die Einkommenseinbuße wird auf der Grundlage der Finanzdaten des betroffenen Unternehmens (Gewinn vor Zinsen und Steuern (EBIT), Abschreibungs- und Arbeitskosten ausschließlich in Bezug auf die von dem Schadensereignis betroffene Betriebsstätte) berechnet, indem die Finanzdaten für die sechs Monate unmittelbar nach dem Schadensereignis mit dem Durchschnitt von drei Jahren verglichen werden, die unter den fünf Jahren vor dem Schadensereignis (unter Ausschluss des Jahres mit dem besten und des Jahres mit dem schlechtesten Finanzergebnis) ausgewählt werden. Die Einkommenseinbuße wird für denselben Sechsmonatszeitraum des Jahres berechnet.
 - e) Der Wert der eigenen Arbeitsleistung ist grundsätzlich keine förderfähige Ausgabe.
 - f) Eigenleistungen sind nur förderfähig, soweit sie bei Unternehmen in der jeweiligen Bilanz als Herstellungskosten aktiviert wurden oder werden.
 - g) Die Kosten für die Erstellung des Gutachtens nach Großbuchstabe B Ziffer III Nummer 4 sind förderfähig.
 - h) Nicht förderfähig sind Schäden,
 - aa) an Aufschüttungen und Abgrabungen,
 - bb) an Stützmauern von Gebäuden- und Grundstücken, soweit diese nicht aus wasserwirtschaftlichen Gründen oder zum Schutz des Gebäudes oder landwirtschaftlicher Kulturen zwingend notwendig sind,
 - cc) an Kraftfahrzeugen, die im Straßenverkehr zugelassen oder für die Zulassung im Straßenverkehr vorgesehen sind,

IV.

Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistung

1. Form der Förderung
Die Förderung wird als Billigkeitsleistung in Höhe von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben in Form eines Zuschusses gewährt.

- dd) an Gebäuden, die zum Zeitpunkt des Schadensereignisses nicht nutzbar oder bewohnbar waren, ausgenommen Gebäude, die sich bei Schadenseintritt noch im Rohbaustadium oder in der Wiederherstellung befanden; ausgeschlossen sind ferner Gebäude, die bei Eintritt des Hochwassers zum Rückbau vorgesehen waren,
- ee) die in der Regel durch zumutbare Eigenleistung beseitigt werden können.
- i) Für Unternehmen der Land- und Forstwirtschaft, Binnenfischerei und Aquakultur werden ergänzend starkregen- und hochwasserbedingte Schäden einschließlich der Kosten für deren Beseitigung und zugehörige Vorarbeiten ausgeglichen.
- Unter Schäden fallen insbesondere:
- aa) der Verlust, die Zerstörung, die Beschädigung und die Kontamination von land- und forstwirtschaftlichen einschließlich für den Sonderkulturanbau genutzten Wirtschaftsgütern wie Betriebsgebäuden, Betriebsvorrichtungen, Maschinen, technischen Einrichtungen, Anlagen und Geräten, darunter auch im Innen- und Außenbetrieb genutzte Spezialgeräte und -maschinen sowie Pflanzenbefestigungsanlagen, Flächen, Tierbeständen, Betriebsmitteln, Vorräten und Lagerbeständen an erzeugten Produkten,
- bb) die Beräumung von Produktions- und Gebäudeflächen sowie die Instandsetzung von Versorgungswegen,
- cc) Aufwuchsschäden auf land- und forstwirtschaftlichen Nutzflächen einschließlich Sonderkulturflächen und Schäden durch nicht mögliche Aussaat oder Anpflanzung,
- dd) Schäden an land- und forstwirtschaftlichen Flächen, die im Interesse des Naturschutzes bewirtschaftet werden (zum Beispiel gesetzlich geschütztes Grünland, Vertragsnaturschutzflächen, Ausgleichsflächen, Streuobstbestände), Ernteausfallschäden bei Sonderkulturen im Ertrag, insbesondere nach der Anpflanzung und bei der Kontamination von Trauben am Stock,
- ee) Schäden an Fischbeständen (Speise- und Besatzfische) in der Aquakultur, Lagerbeständen von Fischereierzeugnissen, Vorräten (zum Beispiel Futtermittel), Fanggeräten und Booten,
- ff) Schäden an Forstkulturen sowie am aufstockenden Bestand,
- gg) Schäden an land- und forstwirtschaftlicher Wegeinfrastruktur einschließlich Trockenmauern und Bewässerungsanlagen sowie Entwässerungsanlagen und Drainagen,
- hh) Evakuierungskosten sowie Kosten für Maßnahmen zur unmittelbaren Abwehr von durch den Starkregen und das Hochwasser bedingten Gefahren.
- ii) In zwingenden Fällen können die Kosten für dringend erforderliche temporäre Maßnahmen erstattet werden.

Entschädigt werden auch Wiederherstellungsaufwendungen sowie Nebenkosten der Schadensermittlung, wie zum Beispiel Gutachterkosten sowie Kosten im Zusammenhang mit betrieblich notwendigen Genehmigungsverfahren.

C.

Billigkeitsleistungen für Private, Vereine und Kirchen

I.

Gegenstand der Billigkeitsleistungen

Gefördert werden im Sinne eines nachhaltigen Wiederaufbaus Maßnahmen zur Beseitigung unmittelbarer Schäden, bei denen durch direkte Einwirkung des Schadensereignisses bauliche Anlagen gemäß § 2 Absatz 1 der Sächsischen Bauordnung und Wege beschädigt oder zerstört wurden.

II.

Empfänger der Billigkeitsleistungen

Empfänger der Billigkeitsleistungen sind

1. natürliche Personen.
Soweit es sich nicht um Infrastrukturmaßnahmen nach Großbuchstabe D dieser Richtlinie handelt, sind Empfänger von Billigkeitsleistungen auch
2. Vereine,
3. Träger klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften im Sinne von § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes vom 14. Februar 2002 (SächsGVBl. S. 82), das zuletzt durch das Gesetz vom 28. März 2019 (SächsGVBl. S. 244) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung sowie jüdische Gemeinden.

Eine Förderung erfolgt nur, sofern der Antragsteller Eigentümer des geschädigten Objektes oder durch Rechtsvorschriften oder Vertrag zur Beseitigung des Schadens verpflichtet ist.

III.

Voraussetzungen der Billigkeitsleistungen

1. Die Förderung setzt voraus, dass der Betroffene unverschuldet in eine Notlage geraten ist.
2. Eine unverschuldete Notlage liegt insbesondere nicht vor bei Schäden an Gebäuden, die ohne Genehmigung errichtet wurden, sowie im Falle eines Hochwasserereignisses in der Regel bei Gebäuden, die nach dem 20. Oktober 2004 in mit Rechtsverordnung oder gemäß gesetzlicher Festsetzung nach dem Sächsischen Wassergesetz festgesetzten Überschwemmungsgebieten errichtet wurden, es sei denn, es handelte sich dabei um einen städtebaulich erwünschten Lückenschluss innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete. Dies ist von der Gemeinde zu bestätigen.
3. Eine unverschuldete Notlage liegt auch nicht vor, wenn die natürliche Person erforderliche Vorsorgemaßnahmen unterlassen hat oder wenn er bei Eintritt des Schadensereignisses Maßnahmen der Selbsthilfe nicht ergriffen hat, die nach den Umständen Erfolg versprechend gewesen wären. Zu den erforderlichen Vorsorgemaßnahmen zählt insbesondere der Abschluss einer Versicherung, es sei denn, eine Versicherung war nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen zu erhalten. Nicht zumutbar ist der Abschluss einer Versicherung dann, wenn die jährliche Belastung aus der Elementarschadensversicherung 2,5 Prozent des im letzten Veranlagungsjahr erzielten steuerpflichtigen Jahreseinkommens übersteigt. Der Antragsteller hat nachzuweisen, dass er sich vor Eintritt des Schadensereignisses erfolglos um den Abschluss einer Elementarschadensversicherung bemüht hat, indem er von drei Versicherungen eine schriftliche Ablehnung oder ein Angebot

vorlegt, das die Zumutbarkeitsgrenze nach Satz 3 übersteigt.

4. Schäden werden in der Regel nur ab einem Betrag von 5 000 Euro berücksichtigt, bei Vereinen in der Regel bei Schäden ab einem Betrag von 5 000 Euro. Der Nachweis des entstandenen Schadens und der für dessen Beseitigung notwendigen Ausgaben für einen nachhaltigen Wiederaufbau sowie die Bestätigung der Durchführung der Maßnahmen erfolgen durch ein von einem unabhängigen Sachverständigen, wie beispielsweise einem Steuerberater, Wirtschaftsprüfer, Ingenieur oder Architekten oder von einer anderen fachkundigen Stelle, zu erstellendes Gutachten. Hierfür ist das von der Bewilligungsstelle bereitgestellte Gutachtenmuster zu verwenden.
5. Die Förderung setzt die Bestätigung der zuständigen Gemeindeverwaltung voraus, dass das zur Förderung beantragte Objekt in einem von dem Schadensereignis im Juli 2021 betroffenen Gebiet liegt und eine Plausibilitätsprüfung keine Anhaltspunkte dafür ergeben hat, dass die im Antrag gemachten Angaben zur Schadenskausalität unzutreffend sind. Bei mehreren zu fördernden Objekten ist jeweils eine Gemeindebestätigung vorzulegen.
6. Der Antrag muss bei der Bewilligungsstelle bis zum 30. Juni 2023 eingegangen sein. Dem Antrag soll eine abschließende Stellungnahme des zuständigen Landkreises zur Notwendigkeit der für das Vorhaben erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen beigelegt werden. Die erforderlichen Genehmigungen, insbesondere
 - a) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben nach § 59 der Sächsischen Bauordnung,
 - b) bei Vorhaben in einem förmlich festgesetzten Sanierungsgebiet nach § 142 des Baugesetzbuchs,
 - c) bei Kulturdenkmalen nach dem Sächsischen Denkmalschutzgesetz eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung,
 - d) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben die wasserrechtliche Genehmigung nach dem Sächsischen Wassergesetz,
 sind gegebenenfalls nachzureichen.

IV.

Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistungen

1. Form der Förderung
Die Förderung wird als Billigkeitsleistung in Höhe von bis zu 80 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben in Form eines Zuschusses gewährt. Für denkmalpflegerischen Mehraufwand beträgt die Förderung bis zu 100 Prozent.
2. Bemessungsgrundlage
Förderfähig sind
 - a) Ausgaben zur Beseitigung von Schäden an privaten Wohngebäuden, sonstigen baulichen Anlagen, die für die Funktionsfähigkeit des privaten Wohngebäudes erforderlich sind sowie an Gewerberäumen, an baulichen Anlagen und gemeinschaftlich genutzten Wegen von Vereinen und in Kleingartenanlagen im Sinne des Bundeskleingartengesetzes vom 28. Februar 1983 (BGBl. I S. 210), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Gesetzes vom 19. September 2006 (BGBl. I S. 2146), in der jeweils geltenden Fassung, sowie bauliche Anlagen von Leistungsempfängern

nach Großbuchstabe C Ziffer II Buchstabe c dieser Richtlinie,

- b) der anerkannte denkmalpflegerische Mehraufwand,
 - c) die Kosten für die Erstellung von Gutachten.
- Der Wert der eigenen Arbeitsleistung ist bei allen Schadensarten grundsätzlich keine förderfähige Ausgabe.
3. Nicht förderfähig sind Ausgaben zur Beseitigung von Schäden
 - a) an Camping-, Wochenend- und Zeltplätzen,
 - b) an Aufschüttungen, Abgrabungen und Einfriedungen,
 - c) an Garagen, Stellplätzen für Kraftfahrzeuge und untergeordneten Nebenanlagen,
 - d) in Gärten an Gewächshäusern, Schutzhütten, Brunnen, Spiel- und Freizeitanlagen und Feuerstellen,
 - e) in Gärten an anderen unbedeutenden Anlagen wie insbesondere Pergolen, Teppichstangen und Masten zur Brauchumpflegerie,
 - f) an Gebäuden, die zum Zeitpunkt des Schadensereignisses nicht nutzbar oder bewohnbar waren, ausgenommen Gebäude, die sich bei Schadenseintritt noch im Rohbaustadium oder in der Wiederherstellung befanden; ausgeschlossen sind ferner Gebäude, die bei Eintritt des Hochwassers zum Rückbau vorgesehen waren, an Stützmauern von Gebäuden- und Grundstücken, soweit diese nicht aus wasserwirtschaftlichen Gründen oder zum Schutz des Gebäudes oder landwirtschaftlicher Kulturen zwingend notwendig sind,
 - g) die in der Regel durch zumutbare Eigenleistung beseitigt werden können.

D.

Billigkeitsleistungen für Träger öffentlicher Infrastruktur

I.

Gegenstand der Billigkeitsleistungen

1. Gefördert werden Maßnahmen zur Beseitigung der infolge des Schadensereignisses im Juli 2021 verursachten unmittelbaren Schäden und zum nachhaltigen Wiederaufbau geschädigter Infrastruktur. Im Rahmen der Schadensbeseitigung können bauliche Maßnahmen zur Vermeidung künftiger Hochwasserschäden gefördert werden.
2. Die Maßnahmen sind insbesondere in folgenden Bereichen möglich:
 - a) verkehrliche Infrastruktur, insbesondere Straßen und Brücken in kommunaler Baulastträgerschaft und Anlagen des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) und Schienenpersonennahverkehrs (SPNV), wie zum Beispiel Gleisanlagen, Fahrleitungen und Betriebshöfe, sowie für den ÖPNV und SPNV genutzte Fahrzeuge,
 - b) wasser- und abfallwirtschaftliche Infrastruktur sowie Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen; hierzu gehören Trinkwasserversorgungsanlagen, Abwasseranlagen (Kläranlagen, Kanalisation), Abfallentsorgungsanlagen (einschließlich Deponien), Nebenanlagen wie Anlagen zur energetischen Nutzung von Klär- und Deponiegas, abschwemmgefährdete Altlasten sowie Hochwasserschutzanlagen, einschließlich deren Zufahrten, und wasserbauliche Anlagen sowie die Gewässerinfrastruktur,

- c) soziale und Bildungsinfrastruktur, die Aufgaben der Daseinsvorsorge oder öffentliche Aufgaben aufgrund einer Bedarfs- oder vergleichbaren Planung erfüllt,
 - d) städtebauliche und ländliche Infrastruktur einschließlich der Wiederherstellung von historischen Innenstädten, Dörfern, stadt- und dorfbildprägenden Gebäuden, Kirchgebäuden und sonstige Gebäuden der Kirchen, Religionsgemeinschaften und jüdischen Gemeinden, sowie insbesondere Wege, Plätze, Parkflächen, Grünanlagen, zoologische Gärten und Friedhöfe,
 - e) Kultur-, Sport-, Freizeit-, Natur-, Umwelt- und Tourismusinfrastruktur, insbesondere Sportstätten, Sportanlagen, Bäder, touristische Basiseinrichtungen, kulturelle Einrichtungen,
 - f) Einrichtungen des Brandschutzes, Rettungsdienstes und Katastrophenschutzes.
3. Nach dieser Richtlinie wird nicht gefördert die Beseitigung von Schäden an gemieteten oder aufgrund ähnlicher Verträge genutzten Infrastrukturanlagen, sofern der Vermieter auch wirtschaftlicher Eigentümer ist.
 4. In Überschwemmungsgebieten, die nach dem 20. Oktober 2004 mit Rechtsverordnung oder gemäß gesetzlicher Festsetzung nach dem Sächsischen Wassergesetz festgesetzt wurden, werden Maßnahmen des Wiederaufbaus an oder von Gebäuden nicht gefördert, soweit das Gebäude nach dem 20. Oktober 2004 errichtet wurde, es sei denn, es handelte sich dabei um einen städtebaulich erwünschten Lückenschluss innerhalb historisch gewachsener Gemeindegebiete. Dies ist von der Gemeinde zu bestätigen.

II.

Empfänger von Billigkeitsleistungen

Empfänger von Billigkeitsleistungen sind kommunale Gebietskörperschaften und kommunale Zusammenschlüsse sowie nicht-kommunale Träger von Bildungs-, Sport-, Kultur- und sonstigen Infrastruktureinrichtungen, wie zum Beispiel freie Träger, Träger klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften im Sinne von § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes, jüdische Gemeinden sowie nichtbundeseigene Nahverkehrsunternehmen und nichtbundeseigene Schieneninfrastrukturunternehmen, sowie kommunale Aufgabenträger und deren Zusammenschlüsse nach § 4 Absatz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Personennahverkehr im Freistaat Sachsen vom 14. Dezember 1995 (SächsGVBl. S. 412, 449), das zuletzt durch Artikel 36 des Gesetzes vom 27. Januar 2012 (SächsGVBl. S. 130) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung. Empfänger von Billigkeitsleistungen können auch Unternehmen mit überwiegend kommunaler Beteiligung sein, soweit sie Aufgaben der Daseinsvorsorge erfüllen, sonstige juristische Personen des öffentlichen Rechts sowie Stiftungen des öffentlichen Rechts.

III.

Voraussetzungen der Billigkeitsleistungen

1. Allgemeine Voraussetzungen der Billigkeitsleistungen
 - a) Förderung kann nur für Maßnahmen gewährt werden, die als Teil eines Wiederaufbauplans bestätigt worden sind und bei denen die Schadenskausalität zum Schadensereignis im Juli 2021 sowie die Notwendigkeit der Wiederherstellung nachgewiesen worden sind. Die Notwendigkeit der Wiederherstellung ist in Zweifelsfällen schlüssig darzulegen.

- b) Förderfähig ist in der Regel nur die Beseitigung von Schäden ab einem Betrag von 10 000 Euro. Handelt es sich bei dem Geschädigten um einen Verein oder um einen nichtkommunalen Träger von Bildungs-, Sport-, Kultur- und sonstigen Infrastruktureinrichtungen, beträgt die Bagatellgrenze in der Regel 5 000 Euro.
 - c) Der Antrag muss gemäß der in der Anlage 4 Ziffer 5 der Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen vom 10. September 2021 genannten Frist (30. Juni 2023) oder der in der jeweils geltenden Fassung genannten Frist bei der Bewilligungsstelle eingegangen sein. Dem Antrag soll eine abschließende Stellungnahme des zuständigen Landkreises zur Notwendigkeit der für das Vorhaben erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen beigelegt werden. Die erforderlichen Genehmigungen, insbesondere
 - aa) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben nach § 59 der Sächsischen Bauordnung,
 - bb) bei Kulturdenkmälern nach dem Sächsischen Denkmalschutzgesetz eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung,
 - cc) bei genehmigungsbedürftigen Vorhaben die wasserrechtliche Genehmigung nach dem Sächsischen Wassergesetzsind gegebenenfalls nachzureichen.
2. Spezielle Fördervoraussetzungen
 - a) Die Wiederherstellung von schulischen Einrichtungen muss im Sinne der Schulnetzplanung notwendig sein. Einrichtungen der Kindertagesbetreuung müssen in den Bedarfsplan nach § 8 des Gesetzes über Kindertageseinrichtungen in der Fassung der Bekanntmachung vom 15. Mai 2009 (SächsGVBl. S. 225), das zuletzt durch Artikel 13 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, in der jeweils geltenden Fassung, aufgenommen sein.
 - b) Bei Hochbaumaßnahmen ist der Förderung eine Kostenaufstellung nach DIN 276 und bei Tiefbaumaßnahmen nach der gültigen Anweisung zur Kostenermittlung und zur Veranschlagung von Straßenbaumaßnahmen (AKVS) zugrunde zu legen.
 - c) Bei Maßnahmen zum Wiederaufbau an der Gewässerinfrastruktur und an Hochwasserschutzanlagen sind die Grundsätze einer nachhaltigen Schadensbeseitigung zu beachten. Nachhaltiger Wiederaufbau bedeutet, dass die Schadensbeseitigung auf eine Art und Weise erfolgt, die heutigen rechtlichen Vorgaben sowie aktuellen fachlichen Planungen und Standards entspricht, dazu gehören insbesondere Hochwasserschutzkonzepte, nachhaltige Wiederaufbauplanungen und Risikomanagementpläne, soweit vorhanden oder in Erarbeitung befindlich. Liegen solche fachlichen Vorgaben nicht vor, ist die Nachhaltigkeit der Wiederaufbaumaßnahmen im Einzelfall unter anderem in Bezug auf den Hochwasserabfluss und die Vermeidbarkeit von Schadenpotenzial unter Einbeziehung der zuständigen Wasserbehörden im Antragsverfahren zu gewährleisten.

IV.

Art und Umfang, Höhe der Billigkeitsleistungen

1. Form der Förderung
Die Förderung wird als Billigkeitsleistung in Höhe von bis zu 100 Prozent der förderfähigen Gesamtausgaben

in Form eines Zuschusses gewährt. Sie reduziert sich für grundsätzlich versicherbare Objekte auf 90 Prozent, wenn nicht bis spätestens zum Zeitpunkt der Verwendungsnachweisprüfung nachgewiesen wird, dass eine Elementarschadenversicherung abgeschlossen wurde oder eine solche nicht zu wirtschaftlich vertretbaren Bedingungen abgeschlossen werden konnte.

2. Bemessungsgrundlage

- a) Förderfähig sind nur Ausgaben, die zu einer angemessenen baulichen Wiederherstellung der in Großbuchstabe D Ziffer I Nummer 2 dieser Richtlinie genannten Infrastruktureinrichtungen unter Berücksichtigung der aktuellen Vorschriften für eine gleiche oder gleichwertige Konstruktion nach dem gegenwärtigen Stand der Technik aufgewendet werden müssen. Dies umfasst auch die für den ÖPNV und SPNV genutzten Fahrzeuge.
- b) Zu den förderfähigen Ausgaben zählen insbesondere Ausgaben
 - aa) für die Wiederherstellung baulicher Anlagen,
 - bb) für Folgekosten, die an öffentlichen Ver- und Entsorgungsleitungen unabhängig von der Rechtsform des öffentlichen Versorgungsunternehmens und den im Einzelfall geltenden Vereinbarungen entstehen, soweit diese zur Schadensbeseitigung notwendig sind,
 - cc) für den Rückbau, die Beräumung und die Sicherung,
 - dd) für die Wiederherstellung baulicher Außenanlagen,
 - ee) für die Projektsteuerung und Koordinierung der Umsetzung des Wiederaufbauplans,
 - ff) für die Straßenbeleuchtung, soweit diese zur Schadensbeseitigung notwendig sind,
 - gg) für Haltestellenausstattungen, wie Wartehäuschen oder Fahrgastinformationen,
 - hh) für Planung, Projektsteuerung und Koordinierung der Einzelmaßnahmen durch Dritte bis zu 15 Prozent der förderfähigen Baukosten; auf Nachweis können erhöhte Kosten anerkannt werden,
 - ii) für anerkannten denkmalpflegerischen Mehraufwand,
 - jj) für wesentliche funktionsbezogene Einrichtungsgegenstände gemäß Nummer 2.2 Buchstabe e der Anlage 4 zur Verwaltungsvereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Freistaat Sachsen vom 10. September 2021.
- c) Nicht förderfähig sind:
 - aa) mittelbare Schäden, beispielsweise Umsatzausfälle,
 - bb) die Personal- und Sachausgaben des Empfängers von Billigkeitsleistungen, einschließlich in Eigenleistung erbrachter Arbeiten,
 - cc) soweit es sich nicht um Folgekosten nach Absatz b, Doppelbuchstabe bb handelt, Ausgaben, die ein anderer als der Träger der Maßnahme zu tragen verpflichtet ist,
 - dd) Ausgaben für den Unterhalt und den Betrieb,
 - ee) ausschließlich präventive Maßnahmen,
 - ff) Kosten für Gestaltungsmaßnahmen, zum Beispiel Bepflanzungen und Pflasterungen, die über gesetzliche Erfordernisse hinausgehen,
 - gg) sonstige bei Gelegenheit des Wiederaufbaus vorgenommene Verbesserungen, soweit diese über den Stand der Technik hinausgehen, Vergrößerungen oder Erweiterungen.

- d) Nach Abzug der nicht förderfähigen Kosten von den Gesamtausgaben sind von den förderfähigen Kosten außerdem die Kostenanteile abzuziehen, die bei Kreuzungsmaßnahmen von anderen Kreuzungsbeteiligten zu tragen sind.

V.

Maßnahmeplanverfahren

1. Die betroffenen Gemeinden und kreisinternen Zweckverbände melden und priorisieren die jeweiligen Maßnahmen im Bereich der öffentlichen Infrastruktur unter Verwendung der festgelegten Vordrucke einschließlich der Maßnahmen nicht-kommunaler Träger sowie der Maßnahmen von Unternehmen, an denen sie überwiegend beteiligt sind an den jeweils zuständigen Landkreis. Die Landkreise und kreisübergreifenden Zweckverbände melden und priorisieren ihre Maßnahmen an die Landesdirektion Sachsen. Abweichend davon melden und priorisieren die Träger klösterlicher Einrichtungen, Körperschaften nach § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes sowie jüdischen Gemeinden ihre Maßnahmen selbst an die Landesdirektion Sachsen. Die Meldungen sind bis zum 31. Oktober 2021 vorzunehmen.
2. Neben der Dokumentation der Schäden, dem Nachweis der Art der Schadensermittlung, zum Beispiel durch eine Kostenschätzung, oder durch ein Gutachten, und einer Beschreibung des Schadens enthalten die Maßnahmenmeldungen Informationen darüber, ob die jeweilige Maßnahme bereits begonnen worden ist, und ob eine Förderung bereits in früheren Jahren erfolgte. Außerdem enthalten die Maßnahmenmeldungen Angaben darüber, ob Versicherungsleistungen oder Spenden eingesetzt worden sind oder erwartet werden.
3. Der Maßnahmeplan wird für die kreisangehörigen Gemeinden und kreisinternen Zweckverbände vom zuständigen Landkreis und für die Landkreise, Kreisfreien Städte und kreisübergreifenden Zweckverbände sowie die Träger klösterlicher Einrichtungen, die Körperschaften nach § 1 des Sächsischen Kirchensteuergesetzes und jüdischen Gemeinden von der Landesdirektion Sachsen auf Plausibilität von Schadenskausalität, Schadenshöhe, Schlüssigkeit und Notwendigkeit der Wiederaufbaumaßnahme sowie Kostenschätzung und Prioritätensetzung beurteilt.
4. Die geprüften Maßnahmepläne sind von den Landkreisen und der Landesdirektion Sachsen bis 30. November 2021 der IMAG-Aufbauhilfe 2021 beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr zur Vorbereitung der Maßnahmeplankonferenz vorzulegen. Die Beurteilung des Maßnahmeplanes wird dem Antragsteller schriftlich mitgeteilt. Die Mitteilung enthält zudem Hinweise auf die Anrechnung bereits geleisteter Abschlagszahlungen des Freistaates Sachsen und erhaltener sowie beantragter Drittmittel. Soweit erforderlich enthält die Mitteilung Hinweise zur Konkretisierung der Unterlagen.
5. Der Landesdirektion Sachsen und den Landkreisen werden Driftleistungen erstattet.
6. Die Bestätigung der Maßnahmepläne als Wiederaufbaupläne erfolgt im Rahmen der Maßnahmeplankonferenz durch die IMAG Aufbauhilfe 2021 beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr bis zum 15. Dezember 2021. Mit der Bestätigung wird für

den jeweiligen Wiederaufbauplan ein Schadensbudget als Grundlage für die Bewilligung der Förderung durch die Bewilligungsstelle festgelegt.

7. Anträge auf erstmalige Gewährung von Billigkeitsleistungen für die im Wiederaufbauplan bestätigten Einzelmaßnahmen sind bei der Bewilligungsstelle zu stellen. Eine Bindung der Förderhöhe an den Betrag der Einzelmaßnahme, der im Wiederaufbauplan für die Budgetierung festgestellt worden ist, besteht nicht.
8. Sofern für die Umsetzung einer Einzelmaßnahme ein Beschluss eines kommunalen Gremiums erforderlich ist, ist dieser den Antragsunterlagen beizufügen.
9. Auf schriftlichen Antrag kann ein Wiederaufbauplan nach Ablauf von mindestens neun und höchstens zwölf Monaten nach der Bestätigung höchstens einmal überprüft werden, wenn bis dahin nachweislich verdeckte Schäden sowie geohydrologische Spätschäden oder Kostenerhöhungen aufgetreten sind, die zum Zeitpunkt der Budgetierung nicht vorhersehbar gewesen sind. Dem Antrag müssen Einzelmaßnahmemeldungen für alle neuen Einzelmaßnahmen mit unvorhersehbaren Schäden auf den festgelegten Vordrucken beigefügt sein. Im Ergebnis der Überprüfung kann der Wiederaufbauplan um Einzelmaßnahmen mit unvorhersehbaren Schäden im Einvernehmen mit den jeweiligen Fachressorts ergänzt werden. Daneben können im Ergebnis der Überprüfung Budgeterhöhungen aufgrund nicht vorhersehbarer Kostensteigerungen festgesetzt werden.
10. Kostenerhöhungen der bestätigten Einzelmaßnahmen auf Grund detaillierterer Planungen sind unabhängig von den Nebenbestimmungen des Bewilligungsbescheides unverzüglich der IMAG Aufbauhilfe 2021 beim Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr mitzuteilen. Der Ausgleich von Mehr- oder Minderbedarfen einschließlich der Finanzierung von bisher nicht mit Finanzmitteln untersetzten zurückgestellten schadenskausalen Maßnahmen ist innerhalb des bestätigten Budgets des jeweiligen Maßnahmenplanes und unter Berücksichtigung der Finanzkontingente nach Abstimmung mit der Bewilligungsstelle möglich.
11. Eine Trennung der Einzelmaßnahme in Bauabschnitte sowie die Zusammenfassung funktional zusammenhängender Einzelmaßnahmen ist möglich.

E. Unbillige Härten

Über die in den Großbuchstaben B bis D getroffenen Regelungen hinaus, kann im Einzelfall eine Billigkeitsleistung erfolgen, soweit dies erforderlich ist, um nach Sinn und Zweck der Richtlinie eine nicht anders abwendbare unbillige Härte zu vermeiden. Die Art, Höhe und Ausgestaltung der Billigkeitsleistung ist nach pflichtgemäßem Ermessen so zu bestimmen, dass die nicht anders abwendbare unbillige Härte auf das Maß einer zumutbaren Härte gemindert wird. Zur Entscheidung über unbillige Härten wird bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank eine Klärungsstelle eingerichtet. Dieser gehören Vertreter der kommunalen Spitzenverbände und der in Sachsen vertretenen Wohlfahrtsorganisationen an; die Fachressorts können verlangen, anlassbezogen einbezogen zu werden.

F. Sonstige Bestimmungen

1. Es werden nur Schäden berücksichtigt, die aufgrund des Schadensereignisses in den Landkreisen Bautzen, Erzgebirgskreis, Görlitz, Mittelsachsen, Sächsische Schweiz-Osterzgebirge und Vogtlandkreis entstanden sind.
2. Die Billigkeitsleistungen werden nur für Schäden gewährt, die in einem direkten ursächlichen Zusammenhang mit dem Schadereignis stehen.
3. Spenden und Leistungen Dritter, insbesondere Versicherungsleistungen haben dem Grunde und der Höhe nach – auch bei nachträglichem Hinzutritt – Vorrang vor einer Billigkeitsleistung nach dieser Richtlinie. Bei Bestehen einer Versicherung ist diese in Anspruch zu nehmen und es sind die Versicherungsunterlagen nebst Schadensdokumentation und Schadensregulierung dem Antrag beizufügen. Dabei kann der Empfänger der Billigkeitsleistungen jedoch Spenden und Versicherungsleistungen auf die von ihm zu erbringenden Eigenmittel anrechnen. In diesen Fällen werden die Versicherungsleistungen erst dann auf die Förderung angerechnet, wenn sich ohne ihre Anrechnung eine Überkompensation des Schadens ergeben würde. Insbesondere Leistungen aufgrund von Versicherungsverträgen müssen auch über den Eigenanteil hinaus vorrangig und vollständig in Anspruch genommen werden.
4. Der Empfänger der Billigkeitsleistungen ist verpflichtet, der Bewilligungsstelle anzugeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe er zusätzliche Mittel aus anderen Förderprogrammen, Spenden und Leistungen Dritter erhält.
5. Die Bemessung der Billigkeitsleistung erfolgt unter Berücksichtigung der etwaigen Berechtigung zum Vorsteuerabzug.
6. Technische Anlagen zur Energie- und Wärmeversorgung müssen im Rahmen der nachhaltigen Schadensbeseitigung entweder an einem hochwassersicheren Standort installiert oder so ausgeführt werden, dass die Anlage oder die besonders schadensgefährdeten Anlagenteile bei einem zukünftigen Hochwasserereignis innerhalb kurzer Zeit aus- und anschließend funktionsfähig wieder eingebaut werden können.
7. Bauliche Maßnahmen sind so auszuführen, dass Schäden bei einem erneuten Hochwasserereignis reduziert oder vermieden werden. Ist wahrscheinlich, dass ein zukünftiges Schadensereignis wiederkehrend erhebliche Schäden verursacht, werden auch Maßnahmen zum nachhaltigen Wiederaufbau an anderer Stelle gefördert, ohne dass der Empfänger der Billigkeitsleistungen in eine materiell bessere Lage versetzt wird als er sich vor dem Schadensereignis Juli 2021 befunden hat. In diesem Fall wird die Förderung anhand des tatsächlich entstandenen Schadens bemessen.
8. Die Verpflichtungen des Empfängers der Billigkeitsleistungen bestimmte Vergabebestimmungen anzuwenden oder einzuhalten, bleiben unberührt.

9. Die Empfänger der Billigkeitsleistungen weisen die Förderung durch den Förderungsgeber auf den Bauschildern entsprechend aus. Im Falle der Förderung von Kulturdenkmälern und Kultureinrichtungen soll auf die Förderung der oder des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien in geeigneter Form hingewiesen werden.
10. Eine Förderung nach dieser Richtlinie kann mit anderen Förderprogrammen des Freistaates Sachsen, der Bundesrepublik Deutschland oder der Europäischen Union ergänzt werden, sofern und soweit dies die Fördervorschriften der anderen Programme zulassen und die Gesamtsumme der Fördermittel sowie Mittel Dritter die Gesamtausgaben des Vorhabens nicht übersteigt. Der Empfänger der Billigkeitsleistungen ist verpflichtet, der Bewilligungsstelle anzugeben, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe er zusätzliche Mittel aus anderen Förderprogrammen oder Spenden erhält. Zuweisungen sind bei der Bewilligung von Fördermitteln zu beachten und bei der Auszahlung entsprechend zu verrechnen. Die Empfänger der Billigkeitsleistungen unterrichten die Bewilligungsstelle für jede Einzelmaßnahme über die Höhe der Inanspruchnahme der Zuweisung. Soweit es sich bei der Förderung um eine staatliche Beihilfe im Sinne des Artikel 107 Absatz 1 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union handelt, sind die einschlägigen beihilferechtlichen Kumulationsvorschriften zu beachten.
11. Zur Sicherung der Gesamtfinanzierung können die Empfänger von Billigungsleistungen Darlehen insbesondere der Kreditanstalt für Wiederaufbau, der Landwirtschaftlichen Rentenbank und der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – in Anspruch nehmen.
12. Für nach dieser Richtlinie gefördertes Anlagevermögen gilt eine Verbleibefrist beim Empfänger von Billigkeitsleistungen von fünf Jahren.
13. Werden im Rahmen dieser Richtlinie Billigkeitsleistungen zur Schadensbeseitigung an Wirtschaftsgütern oder Infrastruktur gewährt, für die bereits früher eine Förderung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW-Förderung) erfolgte, deren Zweckbindungsfristen zum Zeitpunkt des Eintritts des Schadensereignisses noch nicht abgelaufen waren, greifen die mit der GRW-Förderung verbundenen Auflagen an Zweckbindungsfristen und Arbeitsplatzzielen. Bei gewerblichen Unternehmen ist dabei mindestens die noch verbleibende Frist bezüglich Zweckbindung und Besetzung der Arbeitsplätze anzusetzen, bei wirtschaftsnaher Infrastruktur mindestens die noch verbleibende Zweckbindungsfrist.
2. Um ein zügiges Antragsverfahren zu gewährleisten, können weitere Anforderungen an die Unterlagen durch Erlasse der zuständigen Ministerien geregelt werden. Entsprechende Erlasse der Fachressorts ergehen im Einvernehmen mit dem Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.
3. Bewilligungen sind bereits dann möglich, wenn der Empfänger von Billigkeitsleistungen glaubhaft macht, dass er die notwendigen öffentlich-rechtlichen Erlaubnisse und Genehmigungen innerhalb einer im Bewilligungsbescheid festzulegenden Frist vorlegen kann. In Bezug auf wasserrechtliche Genehmigungen ist eine Vorlage bis spätestens zum Baubeginn erforderlich.
4. Soll ein Vorhaben mit mehreren Beteiligten gefördert werden, so kann die Billigkeitsleistung nur von einem Beteiligten beantragt werden. Sie ist von dem Beteiligten zu beantragen, der dazu beauftragt wird. Die Beauftragung ist bei Antragstellung nachzuweisen. Die Förderung wird an den Antragsteller ausgezahlt.
5. Der vorzeitige förderunschädliche Maßnahmebeginn gilt zum 10. Juli 2021 als erteilt.
6. Auszahlungen finden nur als Erstattung statt. Näheres zum Auszahlungsverfahren regelt der Bewilligungsbescheid.
7. Der Verwendungsnachweis besteht aus einem Sachbericht und einer abschließenden Belegliste über das Projekt im Rahmen des Wiederaufbauplanes. Er ist spätestens sechs Monate nach Abschluss des Vorhabens von dem Empfänger der Billigkeitsleistung bei der Bewilligungsstelle vorzulegen. Die Originalbelege über die Einzelzahlungen sind von dem Empfänger zehn Jahre aufzubewahren. Bei denkmalpflegerischem Mehraufwand bestätigt die untere Denkmalbehörde dem Empfänger nach Abschluss der Maßnahme, dass der denkmalpflegerisch bedingte Mehraufwand angefallen ist. Diese Bestätigung ist von dem Empfänger zusammen mit dem Verwendungsnachweis vorzulegen. Es finden Stichprobenprüfungen insbesondere der Beleglisten, der Originalbelege, im Falle von Unternehmen auch der Einkommenseinbußen durch die Bewilligungsstelle statt.
8. Eine früher gewährte Förderung desselben Vorhabens aus öffentlichen Mitteln schließt eine Förderung von Maßnahmen im Rahmen dieser Richtlinie nicht aus. Wurden bereits geförderte Vorhaben vor Fertigstellung des Vorhabens oder innerhalb der Zweckbindungsfrist ganz oder teilweise zerstört, soll bei der Ausübung des Ermessens gemäß Nummer 8.2.4 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung oder der Nummer 8.2.4 der Verwaltungsvorschrift für Zuwendungen des Freistaates Sachsen an kommunale Körperschaften (VVK, Anlage 3 zur Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung) auf den Widerruf des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der Zuwendung verzichtet werden, soweit nicht ein Anspruch des Zuwendungsempfängers auf Kompensationsleistungen gegenüber einem Dritten besteht. Es besteht eine Mitteilungspflicht des Zuwendungsempfängers gegenüber der Bewilligungsstelle zu bereits geförderten Vorhaben, die vor Fertigstellung des Vorhabens oder innerhalb der Zweckbindungsfrist ganz oder teilweise zerstört wurden.

G. Verfahren

1. Anträge auf Billigkeitsleistungen sind bei der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – als der zuständigen Bewilligungsstelle einzureichen. Der Antrag ist unter Verwendung des durch die Bewilligungsstelle zur Verfügung gestellten Antragsverfahrens einzureichen (www.sab.sachsen.de). Dem Antrag sind bei der Antragstellung die erforderlichen Unterlagen vollständig beizufügen.

H.
Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 28. September 2021

Der Ministerpräsident und Regierungschef
Michael Kretschmer

Der Staatsminister des Innern
Prof. Dr. Roland Wöller

Der Staatsminister der Finanzen
Hartmut Vorjohann

Der Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung
Katja Meier

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Der Staatsminister für Wissenschaft
Sebastian Gemkow

Die Staatsministerin für Kultur und Tourismus
Barbara Klepsch

Der Staatsminister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr
Martin Dulig

Die Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Petra Köpping

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

Der Staatsminister für Regionalentwicklung
Thomas Schmidt

Sächsisches Staatsministerium für Kultus

Richtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus zur Änderung der SMK-ESF-Richtlinie 2014–2020

Vom 28. September 2021

I. Änderung der SMK-ESF-Richtlinie 2014–2020

Die SMK-ESF-Richtlinie 2014–2020 vom 16. November 2015 (SächsABl. S. 1605), die durch die Richtlinie vom 9. April 2018 (SächsABl. S. 611) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDr. S. S 385), wird wie folgt geändert:

1. Ziffer I wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 2 werden die Wörter „EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie vom 7. September 2015 (SächsABl. S. 1331)“ durch die Wörter „EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie vom 6. März 2020 (SächsABl. S. 234)“ ersetzt.
 - b) Es wird nach Satz 2 folgender Satz angefügt:
„Der Gegenstand der Förderung nach Ziffer II Buchstabe A Projektbereich A3 dient der Unterstützung der Krisenbewältigung in Folge der COVID-19-Pandemie und der Vorbereitung eines grünen und digitalen Wandels der Wirtschaft.“
2. Ziffer II wird wie folgt geändert:
 - a) In Ziffer II wird in Buchstabe A der Übersicht nach der Angabe „Projektbereich A2: Schülercamps“ folgender Gegenstand der Förderung angefügt: „Projektbereich A3: Bildungscamps (REACT-EU)“.
 - b) In Ziffer II Buchstabe A wird nach Nummer 2 folgende Nummer 3 angefügt:
„3. Bildungscamps (REACT-EU)“
 - 3.1 **Zuwendungszweck, Gegenstand der Förderung**
 Gefördert werden Vorhaben, die neben
 - der Entwicklung von Selbst- und Sozialkompetenz,
 - der Entwicklung von Teamfähigkeit und Verantwortungsbereitschaft in gesellschaftspolitischen, kulturellen oder interkulturellen Zusammenhängen,
 - der individuellen Förderung und Erhöhung der Lernmotivation,
 Wissen und Kompetenzen in den Bereichen der Bildung für nachhaltige Entwicklung oder der Digitalisierung der Lebens- und Arbeitswelt vermitteln, um im Zuge der Unterstützung der Krisenbewältigung in Folge der COVID-19-Pandemie die Vorbereitung eines grünen und digitalen Wandels der Wirtschaft zu fördern.
 Die Vorhaben finden außerhalb des Unterrichts und schulischer Angebote und Veranstaltungen statt und wirken auf die Beseitigung individueller Defizite der Schüler hin, um für die Teilnehmer die Gefahr einer Verzögerung ihrer Schullaufbahn zu verringern.

- 3.2 **Zuwendungsempfänger**
 Zuwendungsempfänger können sein
 - juristische Personen des öffentlichen Rechts,
 - juristische Personen des Privatrechts,
 - rechtsfähige Personengesellschaften.
 Teilnehmer an den geförderten Vorhaben müssen Schüler sein, die ihren Wohnsitz oder ihren gewöhnlichen Aufenthalt im Freistaat Sachsen haben oder eine Schule im Freistaat Sachsen besuchen.
- 3.3 **Zuwendungsvoraussetzungen**
 Die Teilnehmergruppe eines Vorhabens soll sich aus mindestens zehn Schülern aus mindestens zwei Schulen zusammensetzen.
- 3.4 **Art und Umfang, Höhe der Zuwendungen**
 - 3.4.1 **Zuwendungsart, Finanzierungsart**
 Die Zuwendung wird als Projektförderung und in Form der Anteilfinanzierung gewährt. Förderfähig sind Personal- und Sachausgaben sowie teilnehmerbezogene Ausgaben. Personalausgaben, Wegstrecken- und Mitnahmeentschädigung bei Kfz-Nutzung können als Pauschale (standardisierte Einheitskosten) und Verwaltungsausgaben mittels Pauschalsatz als Prozentsatz auf eine oder mehrere definierte Ausgabe-/Kostenpositionen ausgereicht werden. Sofern Ausgaben als Pauschale (standardisierte Einheitskosten) gefördert werden, sind die tatsächlich erbrachten Bezugseinheiten nachzuweisen. Bei Förderung mittels Pauschalsatz sind nach Nummer 6 NBest-SF (Anlage 1 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie) die definierten Ausgaben und Kosten, die als Berechnungsgrundlage für die Pauschale dienen, nachzuweisen. Nähere Angaben zur Höhe der Pauschalen sowie zur Nachweisführung sind auf der Internet-Seite der Bewilligungsstelle (www.sab.sachsen.de) veröffentlicht.
 - 3.4.2 **Form der Zuwendung**
 Die Zuwendung wird in Form von Zuschüssen gewährt.
 - 3.4.3 **Höhe der Zuwendung**
 Der Zuschuss beträgt bis zu 95 Prozent der förderfähigen Ausgaben.
 - 3.5 **Verfahrensvorschriften**
 - 3.5.1 **Bewilligungsverfahren**
 - 3.5.1.1 **Antragsverfahren**
 Durch das Staatsministerium für Kultus können Stichtage für die Antragstellung festgelegt werden, die auf der Internetseite der Sächsischen Aufbaubank – Förderbank – (SAB) veröffentlicht werden. Nicht bis zum Stichtag eingereichte Anträge werden bei der Auswahl nicht berücksichtigt.

- Das Staatsministerium für Kultus kann vor dem Antragsverfahren Teilnahmewettbewerbe durchführen.
- 3.5.1.2 Fachstellen
Die Bewilligungsstelle ist berechtigt, Fachstellen zu beteiligen.
- 3.5.2 Anforderungs- und Auszahlungsverfahren
Anstelle des Erstattungsprinzips gemäß Nummer 6.3.2 der EFRE/ESF-Rahmenrichtlinie findet für Vorhaben mit einer Zuwendung von mehr als 10 000 Euro Nummer 7.1 der Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung Anwendung.
Die Bewilligungsstelle ist zur Einbehaltung einer Schlussrate berechtigt, die erst nach Prüfung des Verwendungsnachweises ausbezahlt wird.
- 3.5.3 Verwendungsnachweisverfahren – Vorlage des Verwendungsnachweises
Abweichend von Nummer 6.1 NBest-SF
– muss der Verwendungsnachweis zum Vorhabensende innerhalb von zwei

- Monaten nach Ende des Bewilligungszeitraums bei der Bewilligungsstelle eingereicht werden und
- kann die Bewilligungsstelle in Abhängigkeit von der Vorhabendauer und Förderhöhe auf das Einreichen eines Zwischennachweises zum Jahresende verzichten.
- 3.6 Sonstige Zuwendungsbestimmungen
Die Vorhaben sollen zur Beachtung des Grundsatzes Umwelt- und Ressourcenschutz den Schülern Wissen zum Thema Umwelt- und Ressourcenschutz vermitteln, das über die Lehrplaninhalte hinausgeht. Die Vorhaben sind demografieorientiert.“

II. Inkrafttreten

Diese Richtlinie tritt mit ihrer Unterzeichnung in Kraft.

Dresden, den 28. September 2021

Der Staatsminister für Kultus
Christian Piwarz

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Förderrichtlinie des Sächsischen Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft zur Unterstützung von Existenzgründungen und Hofnachfolgen in der Landwirtschaft (Förderrichtlinie Existenzgründungs- und Hofnachfolgeprogramm – FRL EHP)

Vom 27. September 2021

I.

Zuwendungszweck, Rechtsgrundlagen

1. Zuwendungszweck ist die Einkommensunterstützung von Junglandwirtinnen und Junglandwirten für die Entwicklung eines landwirtschaftlichen Betriebes durch Umsetzung eines Geschäftsplans nach einer Existenzgründung oder Hofnachfolge.
2. Der Freistaat Sachsen gewährt Zuwendungen für Existenzgründungen und Hofnachfolgen in der Landwirtschaft nach:
 - a) Maßgabe dieser Richtlinie,
 - b) der Sächsischen Haushaltsordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. April 2001 (SächsGVBl. S. 153), die zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 21. Mai 2021 (SächsGVBl. S. 578) geändert worden ist, insbesondere §§ 23 und 44,
 - c) der Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums der Finanzen zur Sächsischen Haushaltsordnung vom 27. Juni 2005 (SächsABl. SDR. S. S 226), die zuletzt durch die Verwaltungsvorschrift vom 16. April 2021 (SächsABl. S. 434) geändert worden ist, zuletzt enthalten in der Verwaltungsvorschrift vom 9. Dezember 2019 (SächsABl. SDR. S. 352),
 - d) der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 der Kommission vom 25. Juni 2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Arten von Beihilfen im Agrar- und Forstsektor und in ländlichen Gebieten mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (ABl. L 193 vom 1.7.2014, S. 1), die zuletzt durch die Verordnung (EU) 2020/2008 vom 8. Dezember 2020 (ABl. L 414 vom 9.12.2020, S. 15) geändert worden ist,
 - e) der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Dezember 2013 mit Vorschriften über Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 637/2008 des Rates und der Verordnung (EG) Nr. 73/2009 des Rates (ABl. L 347 vom 20.12.2013, S. 608), die zuletzt durch Verordnung (EU) 2020/1314 (ABl. L 307 vom 22.9.2020, S. 1) geändert worden ist, sowie der Durchführungsverordnung (EU) 2016/1616 der Kommission vom 8.9.2016 zur Abweichung von der Verordnung (EU) Nr. 1307/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates im Hinblick auf eine mögliche Änderung der Maßnahmen im Rahmen der fakultativen gekoppelten Stützung im Sektor Milch und Milcherzeugnisse für das Antragsjahr 2017 (ABl. L 242 vom 9.9.2016, S. 19),
 - f) der Verordnung über die Durchführung von Stützungsregelungen und des Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystems vom 24. Februar 2015 (BGBl. I S. 166), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 19. Mai 2021 (BAnz AT 28.05.2021 V2) geändert worden ist,
 - g) der Verordnung zur Durchführung der Direktzahlungen an Inhaber landwirtschaftlicher Betriebe im Rahmen von Stützungsregelungen der Gemeinsamen Agrarpolitik vom 3. November 2014 (BGBl. I S. 1690), die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 17. September 2021 (BGBl. I S. 4302) geändert worden ist,
 - h) des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte vom 29. Juli 1994 (BGBl. I S. 1890, 1891), das zuletzt durch Artikel 85 des Gesetzes vom 20. August 2021 (BGBl. I S. 3932) geändert worden ist, in den jeweils geltenden Fassungen.
3. Die Zuwendungen werden auf der Grundlage des Artikels 18 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 gewährt. Ergänzende oder von dieser Richtlinie abweichende Regelungen, die sich aus dieser beihilferechtlichen Grundlage ergeben, sind vorrangig zu beachten. Die Einzelbeihilfen werden insbesondere mit den in Anhang III der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 benannten Informationen veröffentlicht.
4. Ein Rechtsanspruch auf Gewährung der Zuwendung besteht nicht. Vielmehr entscheidet die Bewilligungsstelle aufgrund ihres pflichtgemäßen Ermessens im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe dieser Richtlinie.

II.

Gegenstand der Förderung

Zur Unterstützung von Existenzgründungen und Hofnachfolgen von Junglandwirtinnen und Junglandwirten wird eine pauschale Existenzgründungsbeihilfe gewährt. Gefördert wird die Entwicklung des landwirtschaftlichen Betriebes anhand eines fünfjährigen Geschäftsplans.

III. Begünstigte

1. Begünstigte sind Unternehmen mit zu begünstigender Betriebsstätte im Freistaat Sachsen in folgender Konstellation
 - a) Junglandwirtinnen und Junglandwirte als Inhabende eines Einzelunternehmens,
 - b) Personengesellschaften, wenn die Junglandwirtinnen und Junglandwirte das Unternehmen wirksam und langfristig in Bezug auf die Entscheidungen zur Betriebsführung, zu Gewinnen und finanziellen Risiken kontrollieren; die wirksame und langfristige Kontrolle muss während des gesamten Bewilligungszeitraumes und der Zweckbindungsfrist gewährleistet werden. Sind mehrere natürliche Personen, darunter auch Personen, die keine Junglandwirtinnen oder Junglandwirte sind, am Kapital oder der Betriebsführung der Personengesellschaft beteiligt, so müssen die Junglandwirtinnen und Junglandwirte in der Lage sein, diese wirksame und langfristige Kontrolle allein oder gemeinschaftlich mit anderen Personen auszuüben.

Junglandwirtinnen und Junglandwirte sind Personen, die zum Zeitpunkt der Antragstellung höchstens 40 Jahre alt sind, über angemessenes fachliches Können und Wissen verfügen und sich erstmals in einem landwirtschaftlichen Betrieb als Betriebsinhabende niederlassen.
2. Die Begünstigten müssen Kleinst- und kleine Unternehmen entsprechend der Definition gemäß Anhang I Artikel 2 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sein.
3. Nicht gefördert werden
 - a) Unternehmen, bei denen die Kapitalbeteiligung der öffentlichen Hand mehr als 25 Prozent des Eigenkapitals des Unternehmens beträgt oder betragen wird,
 - b) Unternehmen in Schwierigkeiten im Sinne von Artikel 2 Nummer 14 der Verordnung (EU) Nr. 702/2014,
 - c) Unternehmen, die einer Rückforderungsanordnung aufgrund eines früheren Beschlusses der Europäischen Kommission zur Feststellung der Unzulässigkeit einer Beihilfe und ihrer Unvereinbarkeit mit dem Binnenmarkt nicht Folge geleistet haben.

IV. Zuwendungsvoraussetzungen

1. Die Geschäftstätigkeit des Unternehmens muss zu wesentlichen Teilen (mehr als 25 Prozent der Umsatzerlöse) darin bestehen, durch Bodenbewirtschaftung oder durch mit Bodenbewirtschaftung verbundene Tierhaltung pflanzliche oder tierische Erzeugnisse zu gewinnen.
2. Die in § 1 Absatz 5 des Gesetzes über die Alterssicherung der Landwirte genannte Mindestgröße muss erreicht oder überschritten werden; als Tierhaltung in diesem Sinne gelten auch die Imkerei sowie die Wanderschäfferei.
3. Die Gewährung einer Förderung ist an die Vorlage eines Geschäftsplanes gebunden, der mit der Antragstellung vorzulegen ist. Aus dem Geschäftsplan muss die Entwicklung zu einem nachhaltigen, tragfähigen Betrieb hervorgehen. Mit der Durchführung des Geschäftsplanes ist innerhalb von neun Monaten ab dem Zeitpunkt der Bewilligung zu beginnen.

Der Geschäftsplan beinhaltet

- a) die Ausgangssituation des landwirtschaftlichen Betriebes,
 - b) Zwischen- und Endziele im Hinblick auf die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes (einschließlich der wirtschaftlichen Entwicklung),
 - c) Einzelheiten zu den Maßnahmen, einschließlich der Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz, Klimaanpassung und Resilienz, die für die Entwicklung der Tätigkeiten des landwirtschaftlichen Betriebes erforderlich sind (zum Beispiel Investitionen, Ausbildungsmaßnahmen, Beratungsdienste).
4. Die Begünstigten müssen aktive Landwirtinnen oder Landwirte sein oder innerhalb von 18 Monaten ab dem Zeitpunkt der Niederlassung die Voraussetzung erfüllen. Für die Zuwendungsvoraussetzung „aktive Landwirtin/aktiver Landwirt“ gelten die gleichen Bestimmungen, wie sie für die Direktzahlungen für das jeweilige Antragsjahr festgelegt sind (geregelt in der Verordnung [EU] 1307/2013 sowie in der Direktzahlungen-Durchführungsverordnung). Diese Verpflichtung ist in den Geschäftsplan aufzunehmen.
 5. Die Junglandwirtinnen und Junglandwirte haben angemessenes fachliches Können und Wissen für eine ordnungsgemäße Führung des Betriebes nachzuweisen. Liegt diese Voraussetzung zur Bewilligung noch nicht vor, muss diese innerhalb von 36 Monaten ab dem Zeitpunkt der Bewilligung nachgewiesen werden. Diese Verpflichtung ist in den Geschäftsplan aufzunehmen.
 6. Der Standardoutput¹ des Betriebes muss mindestens 25 000 Euro pro Jahr betragen. Der Höchstbetrag des Standardoutputs pro Jahr beträgt für Acker- und Futterbaubetriebe 500 000 Euro, für Gartenbau- und Verbundbetriebe sowie Betriebe mit Dauerkulturen 1 000 000 Euro und für Veredlungsbetriebe 1 500 000 Euro. Die Grenzen sind zum Zeitpunkt der Bewilligung einzuhalten. Verbundene Unternehmen und Partnerunternehmen im Sinne des Anhangs I zur Verordnung (EU) Nr. 702/2014 sind bei der Berechnung des Standardoutputs mit zu berücksichtigen.
 7. Der Tierbestand im Unternehmen darf höchstens 2,0 Großvieheinheiten (GVE) je Hektar selbstbewirtschafteter Fläche betragen. Der anzuwendende Umrechnungsschlüssel „Detaillierter GV-Schlüssel“ ist unter <https://www.lsnq.de/EHP> abrufbar.
 8. Die Summe der positiven Einkünfte (Prosperitätsgrenzen) der Junglandwirtinnen/Junglandwirte und ihrer Ehegatten darf im Durchschnitt der letzten drei vorliegenden Steuerbescheide 90 000 Euro je Jahr bei Ledigen und 120 000 Euro je Jahr bei Verheirateten zum Zeitpunkt der Bewilligung nicht überschritten haben. In begründeten Einzelfällen genügt es, zur Feststellung der Summe der positiven Einkünfte nur den letzten vorliegenden Steuerbescheid heranzuziehen.

¹ Der Standardoutput wird je Flächeneinheit einer Fruchtart beziehungsweise je Tiereinheit einer Viehart aus erzeugter Menge mal zugehörigem „Ab-Hof-Preis“ als geldliche Bruttoleistung ermittelt. Die Summe der Standardoutputs im landwirtschaftlichen Betrieb beschreibt seine betriebswirtschaftliche Größe.

V. Art, Umfang und Höhe der Zuwendung

1. **Zuwendungsart**
Die Zuwendung wird als Projektförderung gewährt.
2. **Finanzierungsart**
Die Zuwendung wird als Zuschuss in Form einer Festbetragsfinanzierung gewährt.
3. **Höhe der Zuwendung**
Die Zuwendung beträgt einmalig 70 000 Euro je begünstigtem Unternehmen und wird für einen Zeitraum von fünf Jahren in nachfolgender Höhe gewährt:
 - a) Erste Rate: für das erste und zweite Jahr insgesamt 45 000 Euro,
 - b) Zweite Rate: für das dritte und vierte Jahr insgesamt 17 000 Euro,
 - c) Schlussrate: für das fünfte Jahr 8 000 Euro.

VI. Sonstige Zuwendungsbestimmungen

1. Der Antrag auf Existenzgründungsbeihilfe für Junglandwirtinnen und Junglandwirte ist innerhalb von 24 Monaten nach der erstmaligen Niederlassung der Junglandwirtinnen/Junglandwirte als Betriebsinhabende zu stellen. Die bis zur Bewilligung getätigten Maßnahmen zur Unternehmensgründung stehen einer späteren Förderung nicht entgegen.
2. Der Bewilligungszeitraum beträgt fünf Jahre. Der Zeitraum beginnt mit dem Bewilligungsdatum. Im Bewilligungszeitraum sind die Umsetzung des Geschäftsplans und die Bewirtschaftung des Betriebes sicher zu stellen.
3. Die Begünstigten haben die Bewirtschaftung des Betriebes für einen Zeitraum von weiteren fünf Jahren nach Ablauf des Bewilligungszeitraumes sicher zu stellen.
4. Der Wechsel des Eigentümers eines Unternehmens, Gesellschafterwechsel oder der Zutritt neuer Gesellschafter innerhalb des Bewilligungszeitraumes und der Frist nach Nummer 3 sind der Bewilligungsbehörde unverzüglich anzuzeigen. Die Förderung erfolgt unter dem Vorbehalt des Widerrufs für den Fall, dass infolge des Wechsels der Eigentümer oder Gesellschafter nicht mehr sämtliche Auflagen, Bedingungen oder Zuwendungsvoraussetzungen dieser Richtlinie erfüllt werden.
5. Die Begünstigten haben der Bewilligungsbehörde den Beginn der Umsetzung des Geschäftsplanes anzuzeigen. Änderungen im Geschäftsplan bedürfen der Zustimmung der Bewilligungsbehörde.
6. Die Begünstigten haben für die Dauer des Bewilligungszeitraumes nach Nummer 2 eine Buchführung einzurichten oder fortzuführen, die dem Jahresabschluss des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft entspricht, beginnend mit dem Wirtschaftsjahr für das die erste Rate der Einkommensunterstützung ausbezahlt wird.
7. Eine Überkompensation bezogen auf die Einkommensunterstützung ist auszuschließen. Dies haben die Begünstigten durch geeignete Unterlagen nachzuweisen.
8. Die Begünstigten sind verpflichtet, eine Überprüfung der beantragten Maßnahmen durch die zuständigen Behörden des Landes sowie der EU und der jeweiligen

Rechnungshöfe zuzulassen und deren Beauftragten auf Verlangen Einblick in die förderrelevanten Unterlagen zu gewähren sowie ein Betretungsrecht der Projektflächen einzuräumen.

VII. Verfahren

1. **Antragsverfahren und Bewilligungsverfahren**
 - a) Antrags- und Bewilligungsbehörde ist das Sächsische Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LfULG).
 - b) Die Zuwendung ist bei der Bewilligungsbehörde unter Verwendung der vorgegebenen Formulare und erforderlichen Nachweise schriftlich zu beantragen. Die Formulare sind unter <https://www.lsnq.de/EHP> abrufbar. Der jeweilige Stichtag für die Einreichung von Anträgen wird auf der Internetseite des Staatsministeriums für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft veröffentlicht.
 - c) Die Bewilligungsbehörde bewertet die Vorhaben an Hand der festgelegten Auswahlkriterien mittels eines Punktesystems. Diese sind unter <https://www.lsnq.de/EHP> veröffentlicht. Kriterien bei der Vorhabenauswahl sind insbesondere die Produktionsrichtung, die Absatzwege einschließlich Direktvermarktung und die Bewirtschaftungsweise des Begünstigten, die Art der Niederlassung (außerfamiliäre Existenzgründung oder innerfamiliäre Hofnachfolge) und die Maßnahmen für ökologische Nachhaltigkeit, Ressourceneffizienz, Klimaanpassung und Resilienz. Die Anträge einer Auswahlrunde werden gemäß der Gesamtpunktzahl in eine Rangfolge gebracht. Die Summe aller Punkte je Vorhaben entscheidet über die Rangfolge. Im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel können die Anträge bewilligt werden, die den zuvor festgelegten Schwellenwert (Mindestpunktwert) erreichen. Anträge, die den Schwellenwert nicht erreichen, sind abzulehnen. Genügen die verfügbaren Mittel nicht für die Bewilligung aller Vorhaben, die den Schwellenwert erreicht haben, entscheidet die Rangfolge.
 - d) Vor der Entscheidung über den Antrag ist ein Gutachterausschuss anzuhören. Der Gutachterausschuss gibt zu den vorgestellten Projekten eine Empfehlung ab. Der Gutachterausschuss wird vom Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft berufen.
2. **Auszahlungsverfahren**
Die erste Rate wird nach der Anzeige des Beginns der Umsetzung des Geschäftsplanes und der Vorlage eines Auszahlungsantrages ausgezahlt. Die Auszahlung der zweiten Rate erfolgt nach der Vorlage eines Auszahlungsantrages einschließlich eines Zwischenberichts zum Stand der Umsetzung des Geschäftsplans, frühestens zwei Jahre nach der Anzeige gemäß Satz 1. Die Schlussrate wird nach Vorlage und Prüfung des Verwendungsnachweises ausgezahlt. Die Zahlungen hängen von einer ordnungsgemäßen Durchführung des Geschäftsplanes ab. Über den Widerruf der Förderung und die Höhe der Rückforderungen entscheidet die Bewilligungsbehörde nach pflichtgemäßem Ermessen.
3. **Verwendungsnachweis**
Der einfache Verwendungsnachweis ist zugelassen. Er besteht aus dem Sachbericht zur Umsetzung des Geschäftsplans und dem Nachweis nach Ziffer VI Num-

mer 7. Im Rahmen der Verwendungsnachweisprüfung kann die Vorlage der Buchführungsabschlüsse gemäß Ziffer VI Nummer 6 gefordert werden.

4. Kontrollverfahren
Bei den Begünstigten können Vor-Ort-Kontrollen durchgeführt werden.
5. Zu beachtende Vorschriften
Für die Bewilligung, Auszahlung und Abrechnung der Zuwendung sowie für den Nachweis und die Prüfung der Verwendung und die gegebenenfalls erforderliche Auf-

hebung des Zuwendungsbescheides und die Rückforderung der gewährten Zuwendung gilt die Verwaltungsvorschrift zu § 44 der Sächsischen Haushaltsordnung, soweit nicht in dieser Förderrichtlinie Abweichungen zugelassen worden sind.

VIII. Inkrafttreten

Diese Förderrichtlinie tritt einen Monat nach der Veröffentlichung in Kraft.

Dresden, den 27. September 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Wolfram Günther

**Bekanntmachung
des Sächsischen Staatsministeriums
für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
zum Abschluss des Verwaltungsabkommens
zwischen dem Freistaat Sachsen und dem Freistaat Thüringen
über die Bestimmung der zuständigen Behörde zur Durchführung
der wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren für den Betrieb und
die Sicherheit der Talsperre Schömbach vom 7. September 2021**

Vom 28. September 2021

Der Freistaat Thüringen und der Freistaat Sachsen haben das oben genannte Verwaltungsabkommen geschlossen. Es wird nachstehend bekanntgegeben.

Dresden, den 28. September 2021

Sächsisches Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft
Dr. Heinecke-Schmitt
Abteilungsleiterin

Verwaltungsabkommen über die Bestimmung der zuständigen Behörde zur Durchführung der wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren für den Betrieb und die Sicherheit der Talsperre Schömbach

zwischen

dem Sächsischen Staatsministerium für Energie,
Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft,
Wilhelm-Buck-Straße 2, 01097 Dresden

und dem

Thüringer Ministerium für Umwelt, Energie und Naturschutz,
Beethovenstraße 3, 99096 Erfurt

Präambel

Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen hat mit Schreiben vom 16. September 2019 einen Antrag auf Erhöhung des Betriebsraumes der Talsperre Schömbach gestellt. Ziel des Antrages ist es, in Auswertung der vergangenen Trockenperioden (insbesondere 2018) die Stauraumaufteilung zu optimieren. Es ist geplant, das Stauziel Z_s auf 196,22 Meter NN unter Beachtung der durchgeführten Maßnahmen an der Hochwasserentlastungsanlage zu erhöhen. Überdies sind auch zukünftig wasserrechtliche Verwaltungsverfahren, die die Talsperre Schömbach betreffen, geplant.

Da sich die Talsperre auf dem Territorium sowohl des Freistaates Thüringen als auch des Freistaates Sachsen befindet, ist sowohl die thüringische als auch die sächsische Behörde nach §§ 1 SächsVwVfZG i.V.m. 3 Abs. 1 Nr. 1 VwVfG und § 3 Abs. 1 Nr. 1 ThürVwVfG örtlich zuständig. Die Benutzungsanlagen der Talsperre liegen auf sächsischem Territorium, die Regulierung des Stauraumes erfolgt in Sachsen und der Antragsteller ist eine sächsische Einrichtung, so dass der Schwerpunkt der beantragten Wasserrechtsausübung im Freistaat Sachsen liegt. Im Freistaat Sachsen ist die Landesdirektion Sachsen sowohl für die Überwachung der Talsperre Schömbach als auch für die notwendigen Verwaltungsverfahren zur Erhöhung des Betriebsraumes zuständig.

Da durch das Stauregime jedoch auch Flächen auf thüringischem Territorium betroffen sind, sind die Belange der Betroffenen auf thüringischer Seite zu berücksichtigen. Im Freistaat Thüringen ist der Landkreis Altenburger Land als untere Wasserbehörde sowohl für die Erteilung bzw. Ände-

rung der Gestattungen zum Aufstau der Talsperre Schömbach als auch einem Ausbau des Gewässers zweiter Ordnung Wiera zuständig.

Die Vereinbarungsparteien treffen als jeweils fachlich zuständige oberste Wasserbehörden dazu im Sinne von § 3 Abs. 2 Satz 4 VwVfG sowie entsprechend § 61 Abs. 3 Satz 2 ThürWG die nachfolgenden Regelungen.

Artikel 1

Gegenstand der Vereinbarung

Für wasserrechtliche Verwaltungsverfahren, die den Betrieb und die Sicherheit der Talsperre Schömbach betreffen, ist die Landesdirektion Sachsen alleine örtlich zuständig. Die Landesdirektion Sachsen erhält damit die Befugnis, zugleich auch an Stelle des Landkreises Altenburger Land als untere Wasserbehörde und mit Wirkung auch für diese zu entscheiden.

Diese Regelung gilt nur für die erforderlichen wasserrechtlichen Verwaltungsverfahren, auch soweit diese nach § 65 Absatz 1 UVPG zu führen sind. Sonstige Zuständigkeiten und das anzuwendende Recht werden durch diese Vereinbarung nicht berührt. Sich auf die Entscheidung stützende weitere unmittelbare Verfahrenshandlungen, z. B. Vollzugsmaßnahmen, werden durch die territorial zuständige Behörde vorgenommen.

Artikel 2

Durchführung des Verfahrens

Die Landesdirektion Sachsen beteiligt auch die auf thüringischer Seite betroffenen Träger öffentlicher Belange, anerkannten Vereinigungen und sonstigen Betroffenen und gibt den dazu geführten Schriftverkehr dem Landkreis Altenburger Land als untere Wasserbehörde jeweils zur Kenntnis.

Über die Wahl der Verfahrensart und für die abschließenden Entscheidungen ist das Einvernehmen mit dem Landkreis Altenburger Land als untere Wasserbehörde herzustellen.

Dresden, den 21. Juli 2021

Der Staatsminister für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft

Erfurt, den 7. September 2021

Die Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz

Landesdirektion Sachsen

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken

Az.: 26-5151/6/20

Vom 1. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 10. September 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

Allgemeinverfügung:

Den Apotheken und Krankenhausapotheken im Freistaat Sachsen wird bis längstens 31. Mai 2022 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 10. September 2021 ist die Arbeitshilfe der Bundesapothekerkammer zur Qualitätssicherung Standardarbeitsanweisung „Umgang mit dem COVID-19-Impfstoff Vaxzevria® von AstraZeneca in der Apotheke“ (Stand: 6. September 2021) und die „Begleitdokumentation COVID-19-Impfstoffe“ (Stand: 6. September 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses, auf Ebene der Sekundärverpackung abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellten Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken im Freistaat Sachsen bis längstens 31. Mai 2022 gestattet.

Diese Gestattung zum Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht durch die Apotheken und Krankenhausapotheken selbst,

sondern durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes vorgenommen wurden, wenn diesen die Durchführung dieser Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 1. Oktober 2021.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 10. September 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Ar-

tikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (Sächs-GVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Leipzig, den 1. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Marion Reinhardt
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Staußenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes

Az.: 26-5151/6/20

Vom 1. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANZ AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 15. April 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

Allgemeinverfügung:

Den folgenden Inhabern einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen

	Adresse
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Dresden Schutterwälder Straße 13 01458 Ottendorf-Okrilla
Alliance Healthcare Deutschland GmbH	Niederlassung Meerane Seiferitzer Allee 2 08393 Meerane
GEHE Pharma Handel GmbH	Grenzstraße 18 01109 Dresden
Noweda GmbH & Co. KG	Apothekerstraße 1 09661 Rossau
Noweda Pharma-Handels GmbH	Apothekerstraße 1 04425 Taucha
Phoenix Pharmahandel GmbH & Co. KG	Am Schenkberg 3 04349 Leipzig
Sanacorp Pharmahandel GmbH	Carl-von-Bach-Straße 12 09116 Chemnitz

wird bis längstens 31. Mai 2022 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet. Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 15. April 2021 ist die Prozessbeschreibung: Warenannahme, Lagerung, Kommissionierung von Teilmengen des Arzneimittels Vaxzevria® des pharmazeutischen Unternehmens AstraZeneca im Arzneimittelgroßhandel und die Auslieferung an Apotheken (Version 1.4, Stand: 15. April 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“, das auf Ebene der Sekundärverpackung durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurde, durch die oben genannten Erlaubnisinhaber nach § 52a des Arzneimittelgesetzes bis längstens 31. Mai 2022 gestattet. Dies gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht in den oben genannten Betriebsstätten vorgenommen wurden, sondern durch andere Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes, wenn diesen die Durchführung der Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Sie gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 1. Oktober 2021.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 15. April 2021 erfolgt.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Vaxzevria®“ durch die oben genannten Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelge-

setzes nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altkemnitzstraße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 1. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Marion Reinhardt
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

Bekanntmachung der Landesdirektion Sachsen

Allgemeinverfügung zur Änderung der Allgemeinverfügung Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken vom 6. September 2021

Az.: 26-5151/6/20

Vom 1. Oktober 2021

Die Landesdirektion Sachsen erlässt auf der Grundlage von § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung vom 25. Mai 2020 (BANz AT 26.05.2020 V1), die zuletzt durch Artikel 9 des Gesetzes vom 27. Juli 2021 (BGBl. I S. 3146) geändert worden ist, in Verbindung mit der Nutzen-Risiko-Bewertung der nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständigen Behörde (hier: Paul-Ehrlich-Institut) vom 11. August 2021, mit der festgestellt worden ist, dass die Ausnahme von den in § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind, folgende

Allgemeinverfügung:

Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen „Vollzug des Arzneimittelgesetzes und der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung Herstellen und Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken“ vom 6. September 2021 (Az.: 26-5151/6/20) wird mit Wirkung vom 1. Oktober 2021 widerrufen.

In ihre Stelle tritt folgende

Allgemeinverfügung:

Den Apotheken und Krankenhausapotheken im Freistaat Sachsen wird bis längstens 31. Mai 2022 das Abpacken, das Kennzeichnen sowie die Freigabe des Fertigarzneimittels „Spikevax®“, jeweils auf Ebene der Sekundärverpackung, abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung gestattet.

Gemäß Nutzen-Risiko-Bewertung des Paul-Ehrlich-Instituts vom 11. August 2021 ist die Arbeitshilfe der Bundesapothekerkammer zur Qualitätssicherung Standardarbeitsanweisung „Umgang mit dem COVID-19-Impfstoff Spikevax® von Moderna in der Apotheke“ (Stand: 3. August 2021) und die „Begleitdokumentation COVID-19-Impfstoffe“ (Stand: 3. August 2021) einzuhalten.

Weiterhin wird das Inverkehrbringen dieses, auf Ebene der Sekundärverpackung abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung her-

gestellten Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken und Krankenhausapotheken im Freistaat Sachsen bis längstens 31. Mai 2022 gestattet.

Diese Gestattung zum Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ gilt auch, wenn die oben genannten Herstellungsschritte abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung nicht durch die Apotheken und Krankenhausapotheken selbst, sondern durch Inhaber einer Erlaubnis nach § 52a des Arzneimittelgesetzes vorgenommen wurden, wenn diesen die Durchführung dieser Herstellungsschritte durch die jeweils zuständige Landesbehörde gestattet wurde.

Diese Allgemeinverfügung kann ganz oder teilweise jederzeit widerrufen werden.

Die sofortige Vollziehung dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet.

Diese Allgemeinverfügung gilt mit ihrer Wiedergabe auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen als bekanntgegeben. Ein Abdruck nachrichtlich im Sächsischen Amtsblatt wird nachgeholt, sobald dies möglich und soweit die Allgemeinverfügung nicht durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist. Sie gilt ab dem 1. Oktober 2021.

Begründung:

Gemäß § 4 Absatz 3 der Medizinischer Bedarf Versorgungssicherstellungsverordnung kann die für die Überwachung des Verkehrs mit Arzneimitteln nach § 64 des Arzneimittelgesetzes zuständige Behörde im Einzelfall das Inverkehrbringen von Arzneimitteln gestatten, die abweichend von §§ 13 bis 15 sowie § 19 des Arzneimittelgesetzes oder abweichend von §§ 3, 4, 11, 15, 16 und 17 oder §§ 22 bis 26 der Arzneimittel- und Wirkstoffherstellungsverordnung hergestellt wurden, wenn die nach § 77 des Arzneimittelgesetzes zuständige Bundesoberbehörde nach Vornahme einer Nutzen-Risiko-Bewertung feststellt, dass die jeweilige Ausnahme von den genannten Vorschriften zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Arzneimitteln erforderlich ist und die Qualität, Wirksamkeit und Unbedenklichkeit der herzustellenden Arzneimittel gewährleistet sind.

Eine solche Feststellung durch das Paul-Ehrlich-Institut als der zuständigen Bundesoberbehörde ist am 11. August 2021 erfolgt.

Die Allgemeinverfügung richtet sich ab 1. Oktober 2021 auch an Krankenhausapotheken, da Krankenhäuser als Leistungserbringer gemäß § 3 der Coronavirus-Impfverordnung vom 30. August 2021 Impfstoffe von Krankenhausapotheken erhalten.

Die Landesdirektion Sachsen ist gemäß § 6 des Sächsischen Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 25. November 2003 (SächsGVBl. S. 899), das zuletzt durch Artikel 16 des Gesetzes vom 14. Dezember 2018 (SächsGVBl. S. 782) geändert worden ist, in Verbindung mit § 2 Absatz 1 Nummer 1 der Verordnung Heilberufe und Pharmazie vom 21. März 2006 (SächsGVBl. S. 73, 74), die zuletzt durch Artikel 3 Absatz 5 der Verordnung vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, zuständige Behörde für den Vollzug des Arzneimittelgesetzes im Freistaat Sachsen und somit auch zuständig für den Erlass dieser Allgemeinverfügung.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung hat ihren Rechtsgrund in § 80 Absatz 2 Satz 1 Nummer 4 der Verwaltungsgerichtsordnung. Danach kann die Behörde im öffentlichen Interesse die sofortige Vollziehung anordnen. Damit entfällt die mit einem Rechtsbehelf eintretende aufschiebende Wirkung. Andernfalls hätte dies zur Folge, dass während des Rechtsbehelfsverfahrens das Inverkehrbringen des Fertigarzneimittels „Spikevax®“ durch Apotheken und

Krankenhausapotheken nicht möglich wäre. Ohne eine flächendeckende und beschleunigte Impfung der Bevölkerung beständen erhebliche Gefahren für Leben und Gesundheit der Bevölkerung. Nach Abwägung überwiegt das öffentliche Interesse durch den Sofortvollzug, insbesondere um eine Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach ihrer Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Alchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Leipzig, den 1. Oktober 2021

Landesdirektion Sachsen
Marion Reinhardt
Referatsleiterin Pharmazie, GMP-Inspektorat

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
Tierseuchenverhütung und -bekämpfung
– Afrikanische Schweinepest (ASP) –**

**Änderung der Allgemeinverfügung
der Landesdirektion Sachsen vom 20. Oktober 2020 zur Anzeigepflicht
und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten mit zusätzlichen
Anordnungen für die in den Anlagen 1 und 2 genannten Gebiete**

Vom 22. September 2021

Hinweis:

Zur besseren Lesbarkeit wird auf der Website der LDS eine **konsolidierte Fassung** der oben genannten **Allgemeinverfügung vom 20. Oktober 2020** eingestellt, bei der die durch die vorliegende Allgemeinverfügung erfolgten Änderungen in den Tenor eingearbeitet wurden.

Die Landesdirektion Sachsen erlässt folgende

**Allgemeinverfügung
zur Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest (ASP)**

1. Die Allgemeinverfügung der Landesdirektion Sachsen Tierseuchenverhütung und -Bekämpfung – Afrikanische Schweinepest (ASP) zur Anzeigepflicht und Mitwirkung der Jagdausübungsberechtigten mit zusätzlichen Anordnungen für die in Anlage 1 genannten Gebiete vom 20. Oktober 2020 wird wie folgt geändert:
 - a. Der Titel der Allgemeinverfügung wird wie folgt gefasst:

„Tierseuchenverhütung und -bekämpfung
– Afrikanische Schweinepest (ASP) –
Anzeigepflicht und Mitwirkung der
Jagdausübungsberechtigten mit
zusätzlichen Anordnungen für die in den
Anlagen 1 und 2 genannten Gebiete.“
 - b. Punkt 4 wird wie folgt gefasst:

„4. Die Jagdausübungsberechtigten, die in den in den **Anlagen 1 und 2** genannten Gebieten jagen, haben jedes gesund erlegte Wildschwein unverzüglich nach näherer Anweisung des örtlich zuständigen LÜVA zu kennzeichnen, Blutproben für die Untersuchung auf ASP zu nehmen und einen von dort vorgegebenen Begleitschein auszustellen. Die Proben sind dem jeweils örtlich zuständigen Landratsamt zu übergeben.“
 - c. Punkt 7 wird wie folgt gefasst:

„7. Für die Erfüllung der Pflichten zur Kennzeichnung, Probeentnahme, Ausfüllen eines Begleitscheines und Probenübergabe gemäß Punkt 4 wird eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **50,00 EUR je Wildschwein** gewährt. Der Antrag ist beim jeweils örtlich zuständigen LÜVA zu stellen. Die Aufwandsentschädigung wird nur einmal pro Wildschwein gezahlt.“
 - d. Anlage 1 wird wie folgt gefasst:

„**Anlage 1** – Gebiete mit hohem Risiko der Weiterverbreitung der ASP in der Wildschweinpopulation innerhalb infizierter Regionen bzw. mit hohem Risiko des Eintrages der ASP aus bereits infizierten Regionen

 - Landkreis Görlitz
 - Landkreis Bautzen“
 - e. Es wird folgende **Anlage 2** angefügt:

„**Anlage 2** – Gebiete mit erhöhtem Risiko des Eintrages der ASP aus bereits infizierten Regionen

 - Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
 - Landkreis Meißen
 - Landeshauptstadt Dresden“
 2. Die sofortige Vollziehung der Ziffer 1. b. dieser Allgemeinverfügung wird angeordnet, sofern die sofortige Vollziehung nicht bereits kraft Gesetzes gemäß § 80 Absatz 2 Nummer 3 der Verwaltungsgerichtsordnung in Verbindung mit § 37 des Tiergesundheitsgesetzes gilt.
 3. Diese Allgemeinverfügung wird als Notbekanntmachung auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> verkündet und tritt am Tage nach ihrer Bekanntgabe in Kraft. Der vollständige Inhalt der Allgemeinverfügung kann neben der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/Bekanntmachung> auch zu den Geschäftszeiten in der
- Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Dresden,
Stauffenbergallee 2, 01099 Dresden,
Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Leipzig,
Braustraße 2, 04107 Leipzig,
Dienststelle der Landesdirektion Sachsen in Chemnitz,
Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz
- eingesehen werden.
4. Für diese Allgemeinverfügung werden keine Kosten erhoben.

Hinweise:

- Für die Durchführung der Probenuntersuchung entstehen den Jagdausübungsberechtigten keine Kosten.
- Das Jagdrecht bleibt unberührt.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe schriftlich oder zur Niederschrift Widerspruch eingelegt werden bei der Landesdirektion Sachsen, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, oder den Dienststellen der Landesdirektion Sachsen in Dresden, Staufenbergallee 2, 01099 Dresden, oder in Leipzig, Braustraße 2, 04107 Leipzig. Die Schriftform kann durch

die elektronische Form ersetzt werden. Der elektronischen Form genügt ein elektronisches Dokument, das mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen ist. Die Schriftform kann auch ersetzt werden durch Versendung eines elektronischen Dokuments mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes. Die Adressen und die technischen Anforderungen für die Übermittlung elektronischer Dokumente sind über die Internetseite www.lids.sachsen.de/kontakt abrufbar.

Landesdirektion Sachsen
Jens Achterberg
Referatsleiter Veterinärwesen und Lebensmittelüberwachung

Anlage 1 – Gebiete mit hohem Risiko der Weiterverbreitung der ASP in der Wildschweinpopulation innerhalb infizierter Regionen bzw. mit hohem Risiko des Eintrages der ASP aus bereits infizierten Regionen

- Landkreis Görlitz
- Landkreis Bautzen

Anlage 2 – Gebiete mit erhöhtem Risiko des Eintrages der ASP aus bereits infizierten Regionen

- Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge
- Landkreis Meißen
- Landeshauptstadt Dresden

**Bekanntmachung
der Landesdirektion Sachsen
nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
über das Ergebnis der Vorprüfung zur Feststellung der UVP-Pflicht
für das Vorhaben „Naturnahe Umgestaltung
der Großen Lößnitz zwischen Eppendorf und Großwaltersdorf“**

Gz.: C42-8615/154/2

Vom 27. September 2021

Gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 bis 3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen, Betrieb Freiburger Mulde/Zschopau, Am Roten Turm 1, 09496 Marienberg, beantragte beim Landratsamt Mittelsachsen mit Schreiben vom 27. Mai 2019, das am 19. Juni 2019 der Landesdirektion Sachsen zugeleitet wurde, gemäß § 70 Absatz 1 Halbsatz 2 des Wasserhaushaltsgesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585), das zuletzt durch Artikel 2 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3901) geändert worden ist, in Verbindung mit § 1 des Gesetzes zur Regelung des Verwaltungsverfahrens- und des Verwaltungszustellungsrechts für den Freistaat Sachsen vom 19. Mai 2010 (SächsGVBl. S. 142), das durch Artikel 3 des Gesetzes vom 12. Juli 2013 (SächsGVBl. S. 503) geändert worden ist, und § 74 Absatz 6 des Verwaltungsverfahrensgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102), das zuletzt durch Artikel 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 25. Juni 2021 (BGBl. I S. 2154) geändert worden ist, die Prüfung, ob für das Vorhaben „Naturnahe Umgestaltung der Großen Lößnitz zwischen Eppendorf und Großwaltersdorf“ eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht und hat damit gemäß § 5 Absatz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung das Verfahren zur Feststellung der UVP-Pflicht eröffnet.

1. Die Landestalsperrenverwaltung des Freistaates Sachsen (LTV) plant als Vorhabenträgerin die naturnahe Umgestaltung und teilweise Neutrassierung der Großen Lößnitz zwischen Eppendorf und Großwaltersdorf auf einer Länge von circa 1.800 Meter. Die Sohl- und Ufersicherung der umzugestaltenden Bachabschnitte soll dabei ausschließlich durch ingenieurbioökologische Bauweisen erfolgen, zum Beispiel durch Lebendfaschinen, Weidenspreitlagen, Weidensetzstangen, Steckhölzer, Rechenbühnen und Inselbühnen aus Setzstangen. Die gewässertechnischen und fließgewässertypischen Anforderungen werden durch artspezifische Anforderungen der standorttypischen Fauna ergänzt, die wechselnde Sohlbreiten, ausgedehnte Flachwasserzonen und einen Wechsel aus offenen und gehölzbestandenen Uferbereichen beinhalten. Für die Durchführung der Baumaßnahmen an der Großen Lößnitz, das heißt, im Wesentlichen für die Entfernung der partiellen Böschungsfußsicherung, die Herstellung von Aufweitungen und einer naturnahen Trassierung des Gewässerbettes, wird voraussichtlich die Fällung weniger Gehölze innerhalb des derzeitigen Gewässerrandstreifens erforderlich. Durch die geplanten

Maßnahmen werden ein das Gewässer beschattender Gehölzsaum mit ausschließlich standorttypischen Gehölzen und eine Abpflanzung der Grenzen des Gewässerentwicklungskorridors zu Sicherungszwecken für die angrenzenden Landnutzungen angelegt. Es ist dabei eine deutliche Zunahme an Gehölzen vorgesehen.

Im Rahmen des Projekts wird außerdem am westlichen Ende des Bearbeitungsgebietes kurz vor der Ortslage Eppendorf ein naturnah gestalteter Sedimentfangbereich angelegt werden. Die geplante flache Verwallung und der naturnah geschwungene Gewässerabschnitt bewirken im Hochwasserfall eine Abflussverlangsamung, sodass es zu einer Ablagerung mitgeführter Sedimente kommen wird. Die neue Verwallung wird relativ niedrig und flach auslaufend sein.

Für dieses Gewässerausbauvorhaben, das der Nummer 13.18.2 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung zuzuordnen ist, wurde durch die Landesdirektion Sachsen zur Feststellung der Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung eine standortbezogene Vorprüfung gemäß § 5 Absatz 1 Satz 1 und § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in Verbindung mit der Anlage 3 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt.

2. Das Vorhabengebiet befindet sich zwischen den Ortslagen von Eppendorf und Großwaltersdorf in einer breiten und langgestreckten Talmulde. Der Planbereich und die unmittelbar umgebende Landschaft sind durch die begradigte und abschnittsweise naturfern verbaute Große Lößnitz geprägt. In Fließrichtung rechts befinden sich ausgedehnte Wiesenflächen und ein linearer, sichtversperrender Gehölzsaum entlang eines früheren Bahndammes. Die linksseitig liegenden Flächen werden überwiegend ackerbaulich oder als Grünland genutzt. Nach Süden hin ist die Landschaft strukturverarmt und wenig erlebbar. Der Gewässerverlauf der Großen Lößnitz wird größtenteils von einzelnen Gehölzen und abschnittsweise von Gebüsch, vor allem auf der nördlichen Gewässerseite, begleitet. Die Große Lößnitz wird im Vorhabengebiet von einer asphaltierten Landwirtschaftsstraße überquert und kurz vor der Ortslage Eppendorf von einer Furt. Das Freibad von Eppendorf grenzt nordwestlich an das Vorhabengebiet an.
3. Im Ergebnis der standortbezogenen Vorprüfung wurde am 14. September 2021 festgestellt, dass das Vorhaben voraussichtlich erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen haben kann, die nach § 25 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung zu berücksichtigen wären. Danach besteht für dieses Vorhaben

eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung.

Die wesentlichen Gründe für diese Entscheidung sind:

- Die Große Lößnitz ist zwischen Eppendorf und Großwaltersdorf als gesetzlich geschütztes Biotop „Große Lößnitz bei Eppendorf“ mit einer Flächengröße von circa 2 ha kartiert (gemäß Abgrenzung in den GIS-Daten des Landkreises Mittelsachsen). Der Bachlauf ist linear als Biototyp „Uferstaudenflur“ beziehungsweise „Naturnaher Bach“ erfasst. Diese Einstufung begründet sich mit dem Vorhandensein einer ausgeprägten aquatischen Vegetation an der Großen Lößnitz auf einer Breite von drei Metern bis sechs Meter sowie dem Vorhandensein fließgewässerbegleitender Röhrichte, Staudenfluren und Weidengebüsch. Trotz des begradigten und ausgebauten Verlaufs vor allem im südöstlichen Vorhabenbereich erhält der Bach dadurch einen naturnahen Charakter.
- Am nordöstlichen Beginn des Bearbeitungsgebietes befindet sich ein weiteres geschütztes Biotop, ein Waldsimsumpf an der Großen Lößnitz, Biototyp 05.04.301, Flächengröße circa 1 000 m². Diese Fläche wird – nur im Bedarfsfall – randlich von den Baumaßnahmen berührt sein, aber nicht in ihrer Größe reduziert oder hinsichtlich ihrer Qualität beeinträchtigt werden.
- Eine UVP-Pflicht besteht anerkanntermaßen dann, wenn ein nach § 30 des Bundesnaturschutzgesetzes vom 19. Juli 2009 (BGBl. I S. 2542), das zuletzt durch Artikel 1 des Gesetzes vom 18. August 2021 (BGBl. I S. 3908) geändert worden ist, gesetzlich geschütztes Biotop betroffen ist und eine erhebliche Beeinträchtigung des Biotops nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann. Das Gewässer wird teilweise naturnah neu trassiert beziehungsweise entsprechend dem ursprünglichen Verlauf wiederhergestellt werden. Dadurch kommt es zum teilweise Trockenfallen einzelner Abschnitte der Großen Lößnitz. Durch die geplanten Verlegungen von Gewässerabschnitten sowie die notwendigen bauzeitlichen Eingriffe in die Ufer der Großen Lößnitz und in die Gewässersohle kann es zu Einträgen von Schwebstoffen kommen. Auch erhebliche Verände-

rungen der Strömungsverhältnisse der Großen Lößnitz führen zu einer erheblichen Beeinträchtigung der für den Biotopstatus der Großen Lößnitz maßgeblichen Submersvegetation.

- Ungeachtet dessen wird sich im Vorhabenbereich nach Umsetzung des Vorhabens eine erhebliche Verbesserung im Vergleich zu den begradigten und verbauten Abschnitten der Großen Lößnitz einstellen. Das Vorhaben dient final der Schaffung der hydromorphologischen Grundlagen für die Erreichung des guten ökologischen Zustands der Großen Lößnitz. Das Vorhaben führt insgesamt zu einer Verbesserung des Landschaftsbildes in einer ansonsten strukturarmen Umgebung. Die Umgestaltung der Großen Lößnitz bewirkt langfristig eine nachhaltige Verbesserung der Habitatstrukturen für gewässer- und auenbewohnende Arten sowie funktional für den Gewässerbiotopverbund. Durch die geplanten ingenieurgeologischen Lebendbauweisen einschließlich Junggehölzen wird der Bestandsschluss südlich des Gewässers mittelfristig erreicht werden. Nach Abschluss des Vorhabens wird sich durch geeignete Maßnahmen der Gewässerunterhaltung ein altersgerechter, naturnaher und uferbegleitender Gehölzbestand entwickeln.

Die Feststellung, dass für dieses Vorhaben eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht, ist gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, in der Landesdirektion Sachsen, Referat 42, Altchemnitzer Straße 41, 09120 Chemnitz, zugänglich.

Die Bekanntmachung ist auf der Internetseite der Landesdirektion Sachsen unter <http://www.lids.sachsen.de/> bekanntmachung einsehbar.

Chemnitz, den 27. September 2021

Landesdirektion Sachsen
Pfeifer
Referatsleiter

Andere Behörden und Körperschaften

Ausschreibung des Kuratoriums „Tag der Sachsen“

Vom 1. Oktober 2021

Das Kuratorium „Tag der Sachsen“ schreibt die Ausrichtung des

31. „Tages der Sachsen“ im Jahr 2024

aus. Das traditionsreiche Volks- und Heimatfest wird am ersten September-Wochenende 2024 stattfinden und durch Veranstaltungen verschiedenster Art – wie zum Beispiel Präsentationen, Wettbewerbe, Vorträge, Konzerte, Umzüge, Sportwettkämpfe und vieles andere mehr – dazu dienen,

- regionales Brauchtum und Kultur zu pflegen
- das sächsische Vereins- und Verbandswesen zu unterstützen
- Handwerk und Heimatkunst zu präsentieren
- der Umwelt- und Naturpflege neue Impulse zu verleihen
- den Sport zu fördern

und somit die Identität und den Gemeinschaftssinn der Sachsen mit ihrem Land und dessen Regionen zu stärken.

Alle Städte und Gemeinden des Freistaates Sachsen sind aufgerufen, sich als Gastgeber um die Ausrichtung dieses Festes von Bürgerinnen und Bürgern für Bürgerinnen und Bürger zu bewerben.

Teilnahmebedingungen sind unter anderem, dass die gastgebende Kommune die Bereitstellung der infrastrukturellen Rahmenbedingungen und die Unterbringung der aktiven Teilnehmerinnen und Teilnehmer gewährleisten kann.

Die gastgebende Kommune ist verpflichtet, das Statut, die Richtlinien und Festlegungen des Kuratoriums „Tag der Sachsen“ sowie dessen Gremien anzuerkennen und die

Richtlinie der Sächsischen Staatskanzlei über die Förderung aktiver Teilnehmer am „Tag der Sachsen“ vom 12. Dezember 2012 (SächsABl. S. 1563), zuletzt geändert durch die Richtlinie vom 23. März 2015 (SächsABl. S. 495), in der jeweils gültigen Fassung umzusetzen.

Es ist vorgesehen, dass die gastgebende Kommune vom Freistaat Sachsen einen projektgebundenen Zuschuss für Maßnahmen zur Infrastrukturentwicklung erhält. Ein Teil dieser Förderung kann auch für laufende Aufwendungen im Zusammenhang mit der Durchführung des „Tages der Sachsen“ verwendet werden.

Interessierte Kommunen können die Bewerbungsunterlagen in der Geschäftsstelle „Tag der Sachsen“ anfordern. Die schriftliche Bewerbung für die Ausrichtung des „Tages der Sachsen“ 2024 ist bis zum **31. Mai 2022** einzureichen.

Bewerbungen und Anfragen richten Sie bitte an folgende Adresse:

**Sächsische Staatskanzlei
Geschäftsstelle „Tag der Sachsen“
Archivstraße 1
01097 Dresden
Tel.: 0351/564 10473
Fax: 0351/564 10039**

Die Wahl der Ausrichter Kommune für das Jahr 2024 durch das Kuratorium „Tag der Sachsen“ findet im Rahmen des 29. „Tages der Sachsen“ 2022 in Frankenberg/Sa. statt.

Dresden, den 1. Oktober 2021

Kuratorium „Tag der Sachsen“
Dr. Matthias Rößler
Präsident

**Bekanntmachung
des Landesamtes für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen,
nach § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung
für das Vorhaben**

„S 283 Erweiterung Regenrückhaltebecken 1 Poststraße in Reinsdorf“

(Gz.: 4.21-4022/1180/4-2021)

Vom 29. September 2021

Gemäß § 5 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Das Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen, beabsichtigt das Straßenbauvorhaben „S 283 Erweiterung Regenrückhaltebecken 1 Poststraße in Reinsdorf“ durchzuführen. Die Baumaßnahme beinhaltet die Erweiterung des Regenrückhaltebeckens (RRB) an der Staatsstraße 283 (Poststraße) in der Gemeinde Reinsdorf, Landkreis Zwickau. Ziele sind der Hochwasserschutz der Unterlieger und der unterhalb befindlichen Infrastruktur sowie die Reduzierung des Zuflusses in den Reinsdorfer Bach.

Die standortbezogene Vorprüfung des Einzelfalls gemäß § 7 Absatz 2 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. März 2021 (BGBl. I S. 540), das durch Artikel 14 des Gesetzes vom 10. September 2021 (BGBl. I S. 4147) geändert worden

ist, hat ergeben, dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung für das oben genannte Vorhaben nicht erforderlich ist, da das Vorhaben keine besonderen örtlichen Gegebenheiten gemäß den in Anlage 3 Nummer 2.3 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung aufgeführten Schutzkriterien berührt. Es sind keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen von dem Vorhaben zu erwarten.

Die Feststellung über das Unterbleiben der Umweltverträglichkeitsprüfung ist gemäß § 5 Absatz 3 Satz 1 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung nicht selbstständig anfechtbar.

Die entscheidungsrelevanten Unterlagen sind der Öffentlichkeit gemäß den Bestimmungen des Sächsischen Umweltinformationsgesetzes vom 1. Juni 2006 (SächsGVBl. S. 146), das zuletzt durch Artikel 2 Absatz 25 des Gesetzes vom 5. April 2019 (SächsGVBl. S. 245) geändert worden ist, im Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen zugänglich.

Plauen, den 29. September 2021

Landesamt für Straßenbau und Verkehr, Niederlassung Plauen
In Vertretung des Niederlassungsleiters
Holger Quendt
Abteilungsleiter Nahmobilität, Radverkehr und Straßenbau

Impressum

Herausgeber:

Sächsische Staatskanzlei
Archivstraße 1
01097 Dresden
Telefon: 0351 564 11312

Verlag:

SV SAXONIA Verlag
für Recht, Wirtschaft und Kultur GmbH
Lingnerallee 3
01069 Dresden
Telefon: 0351 485260
Telefax: 0351 4852661
E-Mail: gvbl-abl@saxonia-verlag.de
Internet: www.recht-sachsen.de
Verantwortlicher Redakteur: Rechtsanwalt Frank Unger

Druck:

Stoba-Druck GmbH
Am Mart 16, 01561 Lampertswalde

Redaktionsschluss:

7. Oktober 2021

Bezug:

Bezug und Kundenservice erfolgen ausschließlich über den Verlag. Der Preis für ein Jahresabonnement des Sächsischen Amtsblattes beträgt 209,89 Euro (gedruckte Ausgabe zzgl. 42,03 Euro Postversand) bzw. 114,97 Euro (elektronische Ausgabe). Der Preis dieser Einzelausgabe beträgt 10,28 Euro zzgl. 3,37 Euro bei Postversand. Alle genannten Preise verstehen sich inklusive gesetzlicher Mehrwertsteuer. Das Abonnement kann ausschließlich schriftlich mit einer Frist von sechs Wochen zum Kalenderjahresende gekündigt werden.

SV SAXONIA Verlag GmbH, Lingnerallee 3, 01069 Dresden
ZKZ 73797, PVSt +4, **Deutsche Post** 